

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbau, Magdeburg. — Druck und Verlag von H. Pfanzenhuth & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 6268, für die Redaktion Nr. 6267. Für den Verlag und die Druckerei Nr. 6265. — Postzeitungsliste 2 Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 1. bis 15. Mai 1.00 Mark, Abnehmer 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gehaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile: 20 Pfennig, 30 Pfennig, 40 Pfennig, 50 Pfennig, 60 Pfennig, 70 Pfennig, 80 Pfennig, 90 Pfennig, 100 Pfennig, 120 Pfennig, 150 Pfennig, 200 Pfennig, 300 Pfennig, 400 Pfennig, 500 Pfennig, 600 Pfennig, 700 Pfennig, 800 Pfennig, 900 Pfennig, 1000 Pfennig. Der gewöhnliche Rabatt acht verlorren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Platzverweiser keine Gewähr. Erfüllungsort: Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 104.

Magdeburg, Mittwoch den 6. Mai 1925.

36. Jahrgang

Steuerkämpfe im Reichstag.

Die Sozialdemokratie in Front!

Viel lauter als heute durchhallten vor einem Jahre nationalistische Phrasen alle Städte und Ortschaften Deutschlands: „Nieder mit der Sozialdemokratie!“ „Nieder mit der internationalen Judenwirtschaft!“ „Nieder mit dem Schandvertrage von Versailles!“ „Nieder mit dem Dawes-Vertrage, diesem zweiten Versailles!“ So brüllte die nationalistische Meute vor dem 4. Mai 1924. „Wählt uns in den Reichstag, und alles, alles wird geändert!“

Große Wählerkreise fielen auf diese nationalistischen Schaumschlägeren hinein. Die Deutschnationalen errangen ihren großen Wahlsieg. Und was änderte sich? Eine Reichsregierung kam, die auf alle deutschnationalen Versprechungen an die Wähler pfiß. Kein Bruch mit der Erfüllungspolitik, sondern Fortsetzung derselben; die Dawes-Gesetze wurden von den Deutschnationalen anstandslos geschluckt; keine Aenderung in der Außenpolitik. Die Deutschnationalen erfüllen fleißig, aber sie wollen

auf Kosten der Vermögen erfüllen

und dabei noch besondere Geschäfte machen.

Daß es so kam, war vorauszu sehen. Die nationalistischen Phrasen haben ihren Zweck erfüllt. Welcher deutschnationale Führer hat im Ernst an sie auch nur eine Stunde geglaubt? Der Vormarsch der Rechten sollte nicht mit der Erfüllungspolitik Schluß machen. Selbst auf die Restauration verzichtet man gern, wenn sie als zu riskant erscheint. Der Sinn des deutschnationalen Angriffs war ein anderer, und die Kämpfe um die Steuerpolitik des Reiches, die jetzt im Reichstag begonnen haben, enthüllen das, was in Wirklichkeit hinter der demagogischen Geze der Monarchisten verborgen war. Der Kampf der Rechten gegen die Republik war der Kampf um die Macht in der Republik.

Niemand hat drastischer als Stresemann mit der Trefflichkeit des Unternehmersyndikus in den Wahlkämpfen des vergangenen Jahres den Zweck der Auseinandersetzungen der kapitalistischen Parteien mit der Sozialdemokratie gekennzeichnet: „Mit der Sozialdemokratie zusammen kann man keine Wirtschaftspolitik betreiben, kann man keine Steuergesetze beschließen.“ Das Steuerprogramm des deutschnationalen Finanzministers v. Schlieffen setzt das in die Tat um, was Stresemann im Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie durchsetzen wollte. Dieses Steuerprogramm kann in der Tat nicht mit der Sozialdemokratie, es kann

nur gegen die Sozialdemokratie

erzwingen und durchgeführt werden. —

So war es selbstverständlich, daß der am Montag im Reichstag begonnene Steuerdebatte — den Bericht finden unsere Leser in der Beilage — die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten und Steuer- und finanztechnischen Fachmanns Dr. Herß, das Gepräge gab. Das Steuerprogramm des Rechtsblocks ist das Programm der großkapitalistischen Parteien gegen die arbeitenden Massen. Der Block der Inflationsgewinnler schließt sich zusammen, um in der Krise der Wiedergewinnung unserer Wirtschaft die Kosten der Stabilisierung auf die in ihrer Widerstandskraft geschwächten Massen abzuwälzen und um darüber hinaus den günstigen Moment zu benutzen, eine dem Großkapital günstige Dauerregulierung der deutschen Steuerverhältnisse zu erzwingen.

Der Reichsfinanzminister hat es vorgezogen, zu schweigen. Auf nicht zu widerlegende Vergleiche, die Doktor Herß zwischen dem deutschen und englischen Steuerhystem zog, konnte nur sein Staatssekretär Popitz mit einer belanglosen Einzelwiderung antworten. Das, was in dem Schlieffenschen Steuerprogramm versucht wird, ist daselbe, was unter Helfferich das deutsche Bürgertum während des Krieges mit Erfolg durchgeführt hat, was die Bourgeoisie in den Steuerkämpfen der Inflationszeit immer wieder durchzusetzen vermochte, es ist die

Beremigung der Steuerföhen und Steuerdrückebergerei.

Es wirkt wie eine Ironie, daß in der ausgezeichneten Begründung zum Finanzausgleichsgesetz der deutschnationale Reichsfinanzminister v. Schlieffen die unselige Steuerpolitik des Reiches in der Kriegszeit selber mit den schärfsten Worten brandmarken mußte, während seine eignen Steuerorschläge ihrem sozialen Charakter nach aus demselben Geist der Verantwortungslosigkeit der bestehenden Klassen gegenüber dem Staat entsprungen.

Abbau der Besitzsteuern, Ermäßigung der Einkommensteuer für die Veranlagungspflichtigen und Auf-

rechterhaltung der Massenbelastung — das ist mit dürren Worten der Inhalt der Steuervorlagen. Keiner der Redner in der Debatte hat gewagt, dieser Feststellung zu widersprechen. Dazu sind die Tatsachen viel zu offenkundig. Die billigen Späße, mit denen der deutschnationale Fraktionsredner Breher aufwartete, verdeckten nicht die Verlegenheit, in welche die deutschnationalen Demagogen durch die tuchtige sozialdemokratische Anklagerede veretzt worden sind. So billig und so dumm wie die Deutschnationalen ihre hemmungslose Opposition gegen den Staat betrieben haben, als sie noch in der Opposition waren, werden die Sozialdemokraten den Kampf nicht führen. Abgeordneter Herß erklärte, daß die Sozialdemokratie immer dafür eintreten werde, daß das Reich die Einnahmen erhält, die es aus außen- und innerpolitischen Gründen zur Führung der Geschäfte braucht.

Die Väter des Rechtsblocks haben den Versuch gewagt, die Finanzen des Reiches

auf Kosten der Massen

durch die Parteien der Steuerdrückeberger zu sanieren. Die nächsten Monate werden zeigen, ob ihnen dieser Versuch gelingen wird. Bisher hat der Rechtsblock in keiner einzigen wichtigen Frage gezeigt, daß er in sich eine regierungsfähige Mehrheit darstellt. Der Kampf um die Steuern wird an ihn noch ganz andre Anforderungen stellen. Und wo es sich wirklich um grundlegende Fragen, wie z. B. beim Finanzausgleich handelt, da muß selbst v. Schlieffen auf Erbsenbergs Leistungen zurückgreifen und sich um den Nachweis bemühen, daß die Finanzreform von 1919 überhaupt erst die Grundlage für eine wirkliche Reichsfinanzpolitik geschaffen hat.

Das Steuerbuckett des Rechtsblocks ist die Kampfanzeige gegen die arbeitenden Massen. Die Sozialdemokratie wird diesen Kampf führen, und die Väter der famosen Idee, daß man Steuergesetze nicht mit, sondern nur gegen die Sozialdemokratie machen könne, werden in den kommenden Auseinandersetzungen noch manches Mal wünschen, diese geniale Idee nicht gehabt zu haben. Immer noch war bei den großbürgerlichen Parteien die Verantwortungslosigkeit stärker als die Anerkennung der Staatsnotwendigkeiten. Und wenn wirklich der Block der Steuerdrückeberger zusammenhalten sollte, die Folge wird nur sein, daß nach einem weiteren Jahre der deutschnationale Vormarsch vom Mai 1924 sich in die katastrophale Niederlage verwandelt, die den Demagogen der schwarzweißroten Kapitalistenfabrik gebührt!

Die Sozialdemokratie rennt mit aller ihrer Kraft an gegen das vom Rechtsblock geplante Steuerunrecht. Die Partei der Arbeit stellt sich schützend vor die Minderbemittelten, denen man ihre bisher schon unerträglich schwere Last noch vergrößern will. Und wenn die Schwerkapitalisten glauben, sie könnten

den Hindenburgtaumel auszunutzen

für einen Steuerraubzug auf die Taschen der Vermögen und zur eignen Steuerdrückebergerei und besondern Bereicherung, so haben sie sich geirrt. Die Sozialdemokratie wird ihnen die heuchlerische Maske der Volksfreundlichkeit und Vaterlandsliebe vom Gesicht reißen und aller Welt zeigen, daß Junker und Schwerindustrielle nur Geldsacksinteressen haben.

Der Beginn der großen Steuerkämpfe sieht die Sozialdemokratie in Front. Sie ist am Montag im Reichstag zum Angriff übergegangen und wird verhindern, daß der schwarzweißrote Block im trüben fischen kann. Die Anklagerede des Abgeordneten Herß war ein prächtiger Auftakt. —

Eine Schlappe der Reaktion.

Den französischen Gemeindevahlen kam diesmal in mehrfacher Hinsicht eine besondere politische Bedeutung zu: Sie bildeten die erste allgemeine Volksbefragung seit dem vor Jahresfrist bei den Parlamentswahlen erfolgten Aufbruch nach links und sollten daher den Wählern die Möglichkeit geben, ein Urteil über die von der Rechten und von den Kommunisten so rücksichtslos angegriffenen Politik des Kartells der Linken zu fällen. Außerdem ist die Erneuerung eines Drittels des Senats demnächst fällig und da die Gemeindevahlen einen wesentlichen Prozentjah der Senatswähler bilden, so kann ihre Zusammensetzung mittelbar von weittragender

politischer Bedeutung sein. Schließlich wartete man nicht nur in Frankreich mit Spannung darauf, wie das französische Volk auf die Wahl Hindenburgs in Deutschland reagieren würde. Die Rechtspresse hatte dieses Ereignis mit frohlockender Rücksichtslosigkeit ausgenutzt, um den französischen Wählern die Notwendigkeit einer Rückkehr zur Politik des nationalen Blocks zu beweisen.

Wenn auch noch immer zahlreiche Ergebnisse der Gemeindevahlen ausstehen und die große Zahl der erforderlichen Stichwahlen noch nicht ermöglichen, das Ergebnis der Wahlen vom Sonntag ziffernmäßig genau zu erfassen, so steht doch der entscheidende Sieg, den in ganz Frankreich die Parteien der Linken errungen haben, bereits außer Zweifel. Nach einer vorläufigen Statistik haben von den Städten und großen Gemeinden mit dem Sitz einer Präfektur oder Unterpräfektur bereits in 15 die Sozialisten, in 4 die republikanischen Sozialisten, in 91 die Radikal-Sozialisten und in 8 die radikale Linke die Mehrheit. Das macht 118 Gemeinden, in denen sich das Kartell den entscheidenden Einfluß auf die Leitung der städtischen Politik zu sichern vermocht hat gegen 21 Gemeinden, in denen die gemäßigten Republikaner und 35, in denen die Rechte die Mehrheit erlangt haben.

Auch in Paris selbst ist die Lage für das Kartell weit besser als nach den ersten Ergebnissen zu erwarten war. Trotzdem das reaktionäre Wahlsystem sich gerade hier besonders auszeichnet, haben die Stimmen der sozialistischen Arbeiterwahlbezirke einen bedeutend geringeren Wert wie die der dünn bewohnten Viertel der Besitzenden.

Eines der bemerkenswertesten Ergebnisse des Sonntags ist neben der Niederlage der Reaktion die Massenflucht der Arbeiterklasse aus den Reihen der Kommunisten, die eine neue vernichtende Schlappe erlitten haben. In Paris sind ihre Stimmen von 131 386 am 11. Mai 1924 auf 96 739 zurückgegangen, während die sozialistische Liste mit 117 327 an 20 000 neue Anhänger gewonnen hat.

Noch empfindlicher ist die Niederlage der Kommunisten in den Orten der Pariser Banneile. Dort hatten sie bei den Kammerwahlen des vergangenen Jahres nicht unbeträchtliche Stimmenerfolge zu erzielen vermocht, auf Grund deren sie sich zu der Hoffnung berechtigt glaubten, den größten Teil der meist von Arbeitern und Angestellten bewohnten Gemeinden der nächsten Umgebung der Hauptstadt zu erobern. Seit Wochen hatte die „Humanité“ damit gepöhl, daß die kommunistische Partei die Hauptstadt mit einem „roten Gürtel“ kommunistischer Gemeindeverwaltungen umgeben werde. Von Moskau war, was die intensive Agitation der Kommunisten verraten hat, mit Geld und Propagandamaterial nicht gespart worden. Aber der erhoffte Erfolg ist ausgeblieben, und auch in der Pariser Banneile haben die Kommunisten einen starken Rückgang an Stimmen zu verzeichnen, der ausschließlich dem Kartell und insbesondere den sozialistischen Kandidaten zugute gekommen ist.

Eine ganze Reihe ihrer Führer, an deren Erfolge die Kommunisten nicht gezweifelt hatten, sind bereits im ersten Wahlkampf durchgefallen oder sind zwar in die Stichwahl gekommen, haben dort aber keinerlei Aussicht, gewählt zu werden. Der „Paris Soir“ mag nicht ganz Unrecht haben, wenn er diese neue schwere Niederlage des Kommunismus zu einem Teil auf die Wahlhilfe zurückführt, die die deutschen Kommunisten bei der Präsidentenwahl dem Kandidaten der Reaktion und des Militarismus geleistet haben, und als eine der erfreulichsten Ergebnisse der Wahl die Tatsache bucht, daß man in den Kreisen der französischen Arbeiterklasse endlich zu begreifen beginnt, daß der Kommunismus, sei es aus Dummheit oder politischer Berechnung, der gefährlichste Bundesgenosse der Reaktion ist. —

Zur Auflösung entschlossen.

Am Montag fand im Preussischen Landtag eine interfraktionelle Sitzung der drei preussischen Regierungsparteien statt, an der auch der Ministerpräsident Otto Braun teilnahm. Es bestand bei allen Beteiligten volle Einmütigkeit darüber, daß endlich auch in Preußen klare Verhältnisse geschaffen und die Zeit der ewigen Regierungskrisen beendet werden müsse. Nicht die Regierung bei der Abstimmung am Freitag in der Minderheit, so muß nach einmütiger Auffassung der Auswahnglieder die Auflösung des Parlaments erfolgen.

Der preussische Ministerpräsident schloß sich der Auffassung des Ausschusses an und teilte mit, daß der Untersuchungsausschuß (Ministerpräsident Braun, Landtagspräsident Bartels und Staatsratspräsident Dr. Udenauer) am Freitag zusammentreten und im gegebenen Falle unterzüglich die Auflösung vornehmen werde.

Die für den 5. Mai einberufene Sitzung des Reichsparteiausschusses der Zentrumspartei ist um eine Woche verschoben worden, da man zunächst die Entwicklung der Dinge in Preußen abwarten will.

Diese Meldung dürfte der Reichspresse arge Verlegenheit bereiten. Wie sehnüchtlig hatte sie gewünscht, das Zentrum möchte in dieser Sitzung der Sozialdemokratie eine Absage erteilen, am Freitag die so verhasste Regierung Braun stürzen und in Gemeinschaft mit den Hindenburgern auch dem Freistaat Preußen eine Rechtsregierung beschließen. Diese Erwartungen sind enttäuscht worden, und nun müssen die Rechtsparteien am Freitag entweder das Kabinett Braun anerkennen oder aber vor aller Welt ihre Einheitsfront mit den Moskauern zur Zerstückung des preussischen Staates dokumentieren.

Nachprüfung des Falles Höfle.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags zur Prüfung der Durchführung des Haftverfahrens gegen den verstorbenen Reichspostminister Höfle hielt am Montag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Seelmann (Dt.-natl.) seine erste Sitzung ab.

Der Zentrumabgeordnete Schmidt (Niederrhein) forderte, daß das Justizministerium und das Gesundheitsministerium zunächst einmal dem Ausschuss eine kurze Darlegung über den Fall Höfle machen sollen.

Abg. Wehl (Soz.) verlangte die Vorlegung des Erlasses vom 23. Juli 1924, zumal dieser den bisherigen Erlass des Innenministeriums vom 20. März 1907 umstoße.

Ein Vertreter des Justizministeriums überreichte nun eine Abschrift des gestörten Erlasses vom Juli 1924 dem Ausschuss und erklärte, am 10. Februar sei die Verhaftung Höfles erfolgt; am 11. Februar frühmorgens habe er gegenüber dem Vorsteher des Reichspostamtes Untersuchungsgeschäftes über Geruchsbeschwerden geklagt. Der Arzt des Gefängnisses, Dr. Girsch, habe nach der Untersuchung die Aufnahme in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses angeordnet. Diese sei am 11. Februar erfolgt. Höfle habe wie jeder andre Gefangene

aller 9 bis 10 Tage 10 Minuten lang Sprecheraubnis

gehört. Dr. Höfle sei im ganzen siebenmal in der Voruntersuchung gehört worden. Von Geheimrat Krauß und Medizinalrat Stürmer seien zwei Gesundheitsgutachten eingeholt worden; Stürmers Gutachten stamme vom 15. April und bestreite, daß Lebensgefahr vorliege, gebe aber verlässliche Herabsetzung und Gewährung der Verhandlungsfähigkeit zu. Die Staatsanwaltschaft habe sich gegen eine Haftaufhebung erklärt, und dem sei die Strafammer des Landgerichts am 17. April beigetreten, da Fluchtverdacht als gegeben erachtet wurde. Infolge der Verschlimmerung des Zustandes am 18. April habe eine neue Untersuchung stattgefunden, die aber wiederum das Vorliegen von Lebensgefahr bestritten habe. Die Verschlimmerung sei im Verlauf des 19. April eingetreten und am 20. April habe Dr. Höfle in das Hedwig-Krankenhaus übergeführt werden müssen.

Geheimrat Krauß vom preussischen Gesundheitsministerium erklärte: Vor etwa einem Jahr ist das Justizministerium auf Verträge in den gerichtlichen Begutachtungen aufmerksam gemacht worden. Die Kontrolle hat ergeben, daß in einer Reihe von Fällen in leichtfertiger Weise von ärztlicher Seite die Haftfähigkeit bestritten wurde. Deshalb wurde in einem Erlass den Medizinalbeamten, Kreis- und Gerichtsärzten noch einmal die Bestimmung des Erlasses

vom Jahre 1853

ins Gedächtnis zurückgerufen. Das Justizministerium hat den Erlass geprüft und nur einige rein redigierende Zusätze eingefügt. Der Erlass ging am 23. August hinaus. Von irgendeinem weiteren Geheimrat kann keine Rede sein. In dem Erlass wird unter anderem gesagt:

Manche Ärzte erblicken grundsätzlich in jeder Gesundheitsförderung einen hindernissen Anlaß für die Frage, ob der Befragte haftfähig sei. Sie übersehen, daß selbst schwere Gesundheitsstörungen nicht ohne weiteres das Recht geben können, für Haftunfähigkeit einzutreten.

(Zusatz: Man muß warten, bis er tot ist!) Abg. Wehl (Soz.) und Abg. Böhm (Dt. Sp.) betonten, daß auf die Ergebnisse der Obduktion, die in einem Protokoll niedergelegt sind, nicht verzichtet werden könne.

Kleines Feuilleton.

Berliner Eindrücke.

Herbert Jhering, der Kritiker des „Vorjournals“, hat bei der Besprechung der Magdeburger Erntedankfestspiele des bescheidenen Dramas „Juanes und Magdalena“ vom „Ragieren“ den Theaterleben Berlins“ gesprochen, vor dem er sich in die Kritik geschickelt hat — wo freilich neue Enttäuschungen seiner harrten. Vielleicht ist er als reumütiger Sünder in die Reichshauptstadt zurückgekehrt.

Wie dem auch sein mag — für uns Provinzler ist in Berlin immer noch etwas zu holen, und sei es auch nur eine Aufführung des längst bekannten „Rosenkavaliers“, der in der Staatsoper in der Jugenzeitung seine Uebertragungen bringt — wie machen das in Magdeburg nicht schlechter und sogar weniger possenhaft, weniger anstrengend in der Kunst — wohl aber unvollständig. Da ist es einem denn freilich, als hätte man das alles zum erstenmal. Die Wildbrunn, die Arabi-Ober, den Schopenhauer in den Hauptpartien wissen über alle Angelegenheiten hinauszuweisen, die Wildbrunn vor allem, die eine unvergleichlich warne, volle, runde Sopranstimme hat und auch in der höchsten Höhe, die Strömung gerade hier reichlich in Anspruch nimmt, seinen Augenblick sofort wieder erglänzt. Und dann das Orchester! Eine rechte Aufgabe für Erich Kleiber, alle diese wunderartigen Feinheiten aus der Partitur herauszubekommen und auszusprechen zu lassen. Der Klangkörper dieser Kapelle ist mit Worten nicht zu beschreiben. Was in dieser Remisiten, Cabotten, Walzen an Harmonischem und harmonischem Reiz gibt, das nimmt man mit Entzücken wahr, und alle Töne verhalten sich, wenn jedes einzelne Zeichen so angemessen liebesvoll behandelt, gleichsam perfekt wird. Ist das ein methusalem'sches Orchester, mit dem man ein selbstes Orchester des „Rosenkavaliers“ und des „Krausbad“ in ganz großen Säulenhallen nähelich befehlen kann, und aus dem der erste Liebhaber am Abend einer „Weltergänger“-Aufführung sich mit Stolz und Stolz im Freiraum erglänzt.

Selbst Jhering bezogen, den Intendanten des Staatlichen Schauspielhauses, habe ich parti im Verlaufe, daß er den „Walden“ nicht nur Schiller's wolle, sondern seinen Berner Dramen gütliche empfindet hat. Eigenliebe mag auch dabei mitgespielt haben, denn für den Regisseur sind „Walden“ „Sager“ und ein paar Auftritte in den „Krausbad“ und dem „Tod“ wie das Geschäft der Generale und die herrliche Szene, wo der Generalstabschef sich bei seinen Vorgesetzten eine wichtige Schlinge hält, immerhin verlockend. Das ungefüge Kontrast von Logik, das Schiller's selbst ungleich, als es fertig

Abg. Wehl (Soz.) fordert, daß der Hausarzt Höfles, Herr Stauter (Niederrhein), gehört werde, da er über die Herabsetzung Höfles und über seine Neigung zu verschiedenen Giften, wie Nitroin, Veronal usw., Auskunft geben könne. Im Ausschuss müsse ferner der Befund bei der Aufnahme im Untersuchungsgefängnis wie der des katholischen Krankenhauses vorgelegt werden. Auch müsse der Bericht, der die zur Behandlung verwendeten Medikamente angibt, dem Ausschuss eingereicht werden.

Abg. Schmidt (Niederrhein) verlangt von dem Vertreter des Justizministeriums Auskunft über die normale Bewegungsfreiheit im Untersuchungsgefängnis und vor allem über die wirkliche Bewegungsmöglichkeit von Februar bis April, ebenso genaue Angaben darüber, wieviel Gefangene in den Berliner Untersuchungsgefängnissen vom 1. Januar 1924 bis 1. September 1924 und wieviel von da ab bis zum 1. Mai 1925 gestorben und wegen Gefährlichkeit entlassen worden sind.

Abg. Wehl (Soz.) bemängelte gegenüber dem Obduktionsprotokoll, das von dem guten Ernährungszustand Höfles spreche, daß Höfle kurz vor seinem Tode vom untersuchenden Arzt auf 120 bis 130 Pfund im Normalgewicht geschätzt worden sei; zwei Tage vor seiner Verhaftung habe Dr. Höfle mit Verleibung 195 Pfund, also 185 Pfund im Normalgewicht, gemogen.

Das Obduktionsprotokoll

kommt zu folgendem vorläufigen Gutachten: Die Leichenöffnung hat eine bestimmte Todesursache nicht ergeben. Der Leichenbefund widerspricht nicht der Annahme, daß der Tod durch Einnahme eines narotischen Mittels erfolgt ist. Im dieses festgestellten, haben wir verschiedene Leichen zur chemischen Untersuchung zurückerstellt. Der Inhalt des Verdauungsapparates macht die ausgesprochene Möglichkeit einer Vergiftung wahrscheinlich. Die Befunde in den inneren Organen, insbesondere der Lunge, soweit sie bisher zu beurteilen sind, geben eine ausreichende Erklärung des Todes nicht.

In dem Protokoll der chemischen Untersuchung heißt es: Es kann vorläufig nur gesagt werden, daß wahrscheinlich beide Stoffe, Luminal und Morbin, zusammengewirkt und den Tod herbeigeführt haben. Sicher kann diese Frage nur beantwortet werden nach Kenntnisnahme der Krankheitserscheinungen, die der Verstorbene vom Zeitpunkt der Erkrankung an bis zu seinem Tode zeigte.

Geborstene Ordnungstäule.

In Eisenach haben die „deutschen“ Sittlichkeitsapostel wieder einmal entschieden Recht gehabt. Einer ihrer Getreuen, der das gelbe Sumpfpflänzchen der Streifbretter und Unternehmerjünger aufbauen sollte, ist als Schwindler und Gauner entlarvt worden. Dieser Herr gab sich als Ingenieur aus, was er wohl gar nicht ist, und prahlte überall mit seinem Offizierspatent. Auch gehörte er mit zum großen Klate der Eisenacher Völkischen und schrieb moralisierende Artikel gegen die Sozialdemokratie und die Barmat-Affäre in der „Eisenacher Zeitung“. Jetzt berichtet nun die Polizei:

Der angebliche Geschäftsführer der hiesigen Geschäftsstelle des Reichsverbandes nationaler Arbeiterverbände, der „Ingenieur“, verannt a. D., „Redakteur“ Paul Schwieler, ist wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Unterschlagung zur Anzeige gebracht und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Der wegen der gleichen Vergehen bereits verurteilte Schwieler hat Bürgschaft gestellt und unter unwahren Angaben sich bei hiesigen Geschäftsleuten Kredite zu verschaffen gewußt. Obwohl er betrieblert ist, hat er es verstanden, in der Familie eines in der Nähe wohnenden Fabrikbesitzers Zutritt zu erlangen und gab sich den Geschäftsleuten gegenüber als der künftige Schwiegerjohn dieses Herrn aus.

Wir würden davon gar nicht so viel Aufhebens machen, wenn jene Gesellschaft nicht immer so gegen die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie heken würde. Aber an diesem Falle sieht die Bevölkerung wieder einmal, wie die bezahlten Subjekte aussehien, die von der Reaktion aufgehoben werden, um die Arbeiterschaft und ihre Partei zu beschmutzen.

Die Rubmillionen vor dem Ausstich.

Vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags über die der Ruhrindustrie bezahlten Entschädigungen wurde am Montag der Reichsaussenminister Strejmann vernommen. Er behauptet, das Reich sei bei den Verhandlungen mit dem rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau einklagbare bindende Verpflichtungen eingegangen.

Es folgt dann die Vernehmung des Reichsfinanzministers Schlieben, der auszusagen soll, wie seine Erklärung gemeint

war, die er als Staatssekretär im Aufwertausschuß vom 24. September 1924 über die Finanzlage abgegeben habe. Minister b. Schlieben sagt, es habe sich dabei nur um einen rohen Ueberblick über die im Jahre 1925 bevorstehenden Ausgaben gehandelt. Damals sei angenommen worden, daß über den Etat von 1924 hinaus noch zirka 100 Millionen im Jahre 1925 zur Deckung von Verpflichtungen aus dem Ruhrkampf bezahlt werden müßten.

Abg. Herz (Soz.) weist darauf hin, daß nach dem Protokoll jener Ausschusssitzung Schlieben nur vom Staatsjahr 1924 gesprochen habe.

Der Minister bleibt bei seinen Aussagen und erklärt auf eine Frage des Abg. Landsberg (Soz.), daß auch die Vermittlungen mit der Schererkommission als bindende vertragliche Verpflichtungen betrachtet habe. Auf eine Frage des Abgeordneten Esser (Ztr.), von wem der Gedanke ausging, die Entschädigungen schon aus der Dawes-Anleihe zu zahlen, verweigerte der Minister die Aussage. Minister Strejmann, dem diese Frage ebenfalls vorgelegt wird, glaubt, daß die Anregung zuerst von den Ruhrindustriellen ausgegangen sei.

Auf eine Anregung des Abg. Landsberg (Soz.) erklärt sich Minister Strejmann bereit, den Briefwechsel zwischen Schererkommission und Micum dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen — soweit dies ohne Schädigung der deutschen politischen Interessen möglich sei.

Damit sind die Beweisbeschlüsse bis auf die Vernehmung des Abg. Sollmann (Soz.) erledigt. Ein Untersuchungsausschuß, bestehend aus den beiden Berichterstattern Herz und Berlin (Ztr.) sowie der Abg. Wissell (Soz.), Esser (Zentrum), Siecker (Komm.) und zwei Abgeordneten der kleineren Parteien, wird zunächst das Aktenmaterial zur Prüfung der materiellen Seite sichten und dem Gesamtausschuß vor der Weiterberatung Bericht erstatten.

Reichsmietertag in Hamburg.

Auf der geschlossenen Delegiertentagung am 2. Mai erstattete der Bundesvorsitzende des Reichsbundes deutscher Mieter, E. W. Dzienz, den Geschäftsbericht. Gegen den Willen verschiedener Außenleiter und Luertreiber hat das Amtsgericht in Dresden die Eintragung des Bundes vorgenommen und die Satzungen anerkannt. Damit ist die Gültigkeit der Magdeburger Beschlüsse außer allen Zweifel gerückt. Die heutige Tagung beweist, wie stark der Reichsbund deutscher Mieter ist. Bei allen organisatorischen Arbeiten ist auch die gesetzgeberische Arbeit nicht vergessen worden. Nicht gab einen Ueberblick über seine und der übrigen Bevollmächtigten Tätigkeit bei den Regierungen und Parlamenten, durch die in vielen Fällen den Bestrebungen auf sofortige Beseitigung des Mieterschicks ein Niegel vorgegeben werden konnte.

Der Vorsitzende des Bundesausschusses, Hammer (Frankfurt a. M.), behandelte darauf in längerem Vortrag „Die organisatorischen Aufgaben der Zukunft“. Der Kampf auf wohnungspolitischem Gebiet, der von der Organisation der Mieter geführt wird, hat eine große Bedeutung. In der jetzigen Not, hinter den grauenwolken Jahren des entsetzlichen Wahnsinns der Kriegs- und Inflationszeit, wird hoffentlich nicht zu spät den noch Unentschlossenen der Mut kommen, der Gemeinschaft der Mieter beizutreten, um zu erreichen, daß der deutsche Mieter, sei er Angestellter, Beamter, Arbeiter, Kleingewerbetreibender oder Ladeninhaber, nicht zum völligen Elenden und Pinstreicht des ausländischen und deutschen Hauseigentümers wird. Durch die Organisation hin zum Wohnungsbau! Wenn ein Volk wirken und schaffen soll, muß es wohnen können. Der Arbeiter, der Angestellte und der Beamte müssen ein Heim für sich und ihre Familie haben, sollen sie ein menschenwürdiges Leben führen. Wohnraum bedeutet Arbeitskraft, bedeutet Lebensmut, Friede und Familienglück. Passender und ausreichender Wohnraum bedeutet Kindererziehung, körperliches und geistiges Wachstum, Sittlichkeit und Gemeinnut. Es ist die Aufgabe der Mieterorganisationen, für ein zeitgemäßes Miet- und Wohnrecht zu kämpfen. Das Wohlergehen der Bürger muß dem Staat als kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Gründen wichtiger sein als die Verzinsung der unerbitterten Rente im Grund und Boden, das in Häusern angelegten Kapitals.

Am Sonntag fand anläßlich des Reichs-Mietertags im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Tagung statt, an der auch zwei ausländische Vertreter und Vertreter verschiedener Behörden und Organisationen teilnahmen.

Der erste Redner war J. Elias Wihre (London). Die englische Arbeiter-Siedlungs-Gesellschaft habe die Forderung aufgestellt, daß jede Arbeiterfamilie fünf Räume im eignen Hause haben sollte, zwei Wohn-, zwei Schlafzimmern und einen Baderraum. H. Hoffmann (Wien) sprach für die zentralistisch aufgebauten österreichischen Mietervereinigungen, die erfolgreich für den Mieterschutz und gegen die Steigerung des Mietzinses ins Ungemeinere kämpften. In Oesterreich brauchten die Mieter zurzeit nur fünf Prozent der Friedensmiete nach Gold berechnet zu zahlen.

zwischen der Tiefen- und Höhenrichtung. Den Raum zwischen den beiden Treppen, der wiederum durch eine schräge Rampe nach unten geführt wird, dekoriert man schnell um. Man sieht sich gar nicht, ein Stühlen Leinwand herabschweben zu lassen, auf das wie auf die alten Theaterprojekte Landschaften gemalt sind. In einer toll bewegten Kabarettzunge arbeitet man als mit einem grotesken Gegenstoß mit Puppen, die zwischen alle die marionettenthaft aussehenden Menschen gesetzt werden. Und wie in der modernen Revue mit viel Langheinen und mit viel weiblichem Fleisch. Marianne Kupper tritt wie die Venus in Ligeia, „Gimmlichger und irdischer Liebe“ nach auf — was sie sich mit ihrem schönen Wuchs unbedenklich erlauben darf — und Ella Durieu beherrscht mit ihrem metallisch harten Organ und ihren mannweiblichen Manieren das ganze Spiel.

Da ist freilich von „Stagnation“ nichts zu merken: das darf auf und läßt einen keinen Moment zur Ruhe kommen. Das ist der Pulsschlag unserer Zeit, den man auch draußen im Westen spürt, in der „Reichs-Wellen-Messe“ am Kaiserdamm, auf der vor allem die neuen Errungenschaften der Zeitungstechnik Triumph feiern, ein Lautsprecher unaufhörlich musiziert und redet und ein neuer Eiffelturm, 130 Meter hoch, sich in seinem schlanken Gestänge aufreckt, ein Rundfunk-großsender, der über ganz Deutschland, ja noch weit darüber hinaus, bis nach Amerika wirken soll. Ein leuchtendes Symbol der neuen Zeit, vor der alle Kirchturmspötker und Menschheitszerpatter die Segel streichen müssen.

Aus dem amerikanischen Volksbildungswesen. Es gibt wahrlich kein andres Land in der Welt, das über so viele öffentliche Bibliotheken verfügt, wie die Vereinigten Staaten. Nach dem letzten Adressbuch der Bildungsanstalten, das vom Erziehungsdepartement in Washington herausgegeben worden ist, beträgt die Zahl der öffentlichen Bibliotheken sowie der Bibliotheken von Privatgesellschaften, die der allgemeinen Benutzung ebenfalls zugänglich sind, in den Vereinigten Staaten ungefähr 2000. Die größte öffentliche Bibliothek, nämlich 257, befindet sich im Staats-Ressortwesen, während der Staat New York 146 solcher Bibliotheken besitzt. Die größte öffentliche Bibliothek des Landes ist die Kongress-Bibliothek in Washington, die 3 179 104 gebundene Bücher enthält. Auch in New York, Boston, Chicago und Hoboken geht die Zahl der gebundenen Bücher in den öffentlichen Bibliotheken in die Millionen, während die öffentlichen Bibliotheken in Brooklyn und Washington über je annähernd 1 Million Bücher verfügen. Nicht weniger als 17 Institute gibt es in den Vereinigten Staaten, in denen Bibliothekare ausgebildet werden. Schon vor 5 Jahren gab es dort über 15 000 Bibliothekare.

daselbst, hat auch Jhering nicht bewältigen können. Er hat tüchtig darin herumgerätselt: „Wallenstein's Tod“ wird auf drei Stunden Spielraum verlegt, aber die Damen des Genies Friedland kommen schlecht weg dabei; kann, daß Agnes Straub ihr eigenes Kammereibium in Ängsten setzen kann, Lina Loffen ist zu einer Statuentolle benutzt, und ihre Tochter, die holdselige Thella, darf kaum mehr tun als einen Monolog deklamieren. Otello und Iph sind etwa so besetzt wie in Wasserburg am Inn oder in Landberg an der Warthe, und Berner Krauß zieht sich damit aus der Schwierigkeit, daß er räsoniert und schauert wie ein Feldweibelmann. Er hat die Reden verloren wie Lindenbergt vor dem Kaiserjubiläum, und macht demgemäß einen nicht gerade imponierenden Eindruck. Außerdem verflucht er beständig die Entfesselten. Wenn auch Jhering die Rückwand des Seales im dritten Akt wegschiebt und seine geharnischten Männer vor dem Gewitterhimmel aufziehen läßt in jährender Front — überhaupt ein erpöckliches Tempo in das durch seinen jählichen Selben immer wieder aufgeschaltene Drama bringt — man freut sich doch unig, wenn nach Schiller's köstlicher Bühnenweisung „Oktavio erschrickt“ und „jähersoll zum Himmel blickt“ und „der Vorhang fällt“. Vor jeder Nachschauung sei dringend gewarnt. Der alte Sternbeglückte und mit sich selber so redselige Realpolitiker — wie sich der kleine Friedrich Schiller einen Realpolitiker vorstellt! — ist heute wirklich schon marjot.

Da nimmt man doch etwas mehr mit nach Hause aus Bede-Lands „Franziska“, das Meinhard und Bernauer im Theater an der Königsgraben Straße ihrem Publikum vorziehen. Karl-Heinz Martin hat dieses Theater entzweit. Er hat von Lantoff gelernt, was man im Imperativischem Sinn aus der Bühne alles machen kann. Das Gerüst zu zeigen, ist bei Bede-Land nicht übel angebracht, der ja auch schon die Seelenergieüberlegung übernommen und gezeigt hat, wie wichtig das Gerüst der modernen Gesellschaft ist — darin allerdings ein Konstruktivist mit ungeheuren Vorzeichen, aber jagen wir: Despotismus. Das Hoftheater, das wir immer noch mehr oder weniger gedankenlos kopieren, wird gründlich abgebart von der russischen Schule. Beg mit dem Vorhang: während in Strödelwerk umgeben wird, lassen oben zwei große Vogelkassen die Kunstwerklichkeit an sich; gleichzeitig erheben die freien Klänge einer Jazz-Band, die man rassistert in einem Raum in halber Höhe des Gerüsts untergebracht hat. Die Bühne selbst ist ein hochgeklappt zu sein: während sich die Personen ehemals von hinten nach vorn bewegt haben, knipst sich die Bewegung jetzt von unten nach oben, auf einer breiten gebogenen Freitreppe mit mehreren Abzügen rechts, auf einer Wendeltreppe links. Die Jhering'schen Stufenbauten waren nur jähliche Reklame dazu, Anströmung zu zeigen

Radiodienst der Volkstimme.

Der Maurerkonflikt in Hamburg.

Hamburg, 5. Mai. Der Streit um die Ausperrung im Baugewerbe in Hamburger Staatsgebiet und in Schleswig-Holstein insbesondere, wurde beigelegt durch die Auslösung des Konfliktes. Am Montagabend trat ein Schiedsgericht zusammen. Verebart wurde, daß der Schiedspruch für beide Parteien verbindlich erklärt werden sollte, vorausgesetzt, daß er einstimmig gefaßt werde. Der in der Nacht einstimmig gefällte Schiedspruch lautet dahin, daß der Maurer-Stundenlohn in Hamburg betragen soll: vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 15. Mai 1,15 Mark, vom 16. Mai bis 15. Juni 1,22 Mark und vom 16. Juni bis 15. Oktober 1,28 Mark. Die Arbeit soll am Donnerstag wieder aufgenommen werden. Das Arbeitsverhältnis gilt durch den Kampf als nicht unterbrochen.

Die Eröffnung des Deutschen Museums.

Berlin, 5. Mai. Reichskanzler Luther, Reichsverkehrsminister Krone, Reichstagspräsident Paul Löbe und Staatssekretär Schulz (Soz.) vom Reichsinnenministerium gaben sich heute vormittag im Flugzeug von Berlin nach München

Die Gile, mit der das Verfahren in Sofia betrieben worden ist, läßt befürchten, daß Unschuldige mit den Schuldigen büßen müssen. Die Verhandlungsberichte sind äußerst vorsichtig aufzunehmen, da sie meist reaktionär feiert sind.

Ueber die Verhandlungen teilt der Sonderberichterstatter des römischen „Corriere della Sera“ mit, daß der Sekretär der Kathedrale Jaboroff, ein bekannter Kommunist, ausfuhr, Wintow und Paplow seien unter falschem Namen an ihn herangekommen und hätten ihn gebeten, Mitten mit Explosivstoffen in Verwahrung zu nehmen. Der kommunistische Anwalt Friedmann sagte, er sei ein Gegner von Attentaten und gebe zu, daß Janfow aus Wien Bezahlung in Dollars empfangen. Der Vertreter der Regierung bezifferte den Schadenersatzanspruch des Staates auf 12 Millionen Rewa.

Der Angeklagte Friedmann brachte am zweiten Verhandlungstag besonders zum Ausdruck, daß die illegalen kommunistischen Organisationen die Sowjetisierung Bulgariens erstrebt hätten. Das Land sei zunächst in drei Kreise geteilt worden, nämlich Sofia, Warna und Philippopol; später habe es fünf Kreise gegeben, indem man Burgas und Braza neue Kreise gebildet habe, wo die Leitung der Geheimorganisationen ausländischen Emigranten übertragen war. Friedmann gab zu, in einem Monat 400 000 Rewa für die Unterhaltung des Organisationsnetzes und der einzelnen Zellen erhalten und ausgegeben zu haben.

Das Gericht fuhr in der Vernehmung der Angeklagten Koeff, Dostaloff und Kamburoff fort, die jede Verantwortung ablehnten. Er ergab sich jedoch aus ihren Ausführungen und den Antworten auf die ihnen vorgelegten Fragen, daß sie verschiedenen Verschwörern Zuflucht gewährt hatten.

Am Nachmittag begannen die Zeugenvernehmungen. Es wurden zunächst die Zeugen Wassiloff und Georgiew vernehmung. Sie gaben Einzelheiten über die Nachforschungen der Polizei, die schließlich zur Entdeckung des Verstecks des Verschwörers Minkoff geführt haben.

Zeuge Stoischkoff, der einen andern Teilnehmer an der Verchwörung namens Koleschoff getötet hatte, um einen Verrat von seiner Seite zu verhindern, sagte aus, daß der tote Koleschoff von einer Organisation, der zwei Führer der Bauernpartei angehört, große Summen erhalten habe.

Stoischkoff gab weiter an, daß er in Beziehung geblieben habe mit einer Gruppe, die einen Schlag gegen die Sobranje auszuführen sollte. Es sei beabsichtigt worden, diese während einer Sitzung der Regierungsmehrheit in die Luft zu sprengen, um einen Regierungswechsel herbeizuführen. Der Plan sollte in nächster Zeit ausgeführt werden.

Ein anderer Zeuge bestätigte, daß der Plan bestanden habe, die Sobranje mit einer Gaskanone in die Luft zu sprengen. Im weiteren Verlauf der Sitzung gab der Verteidiger des Angeklagten Friedmann Kenntnis von Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und seinem Mandanten und erklärte, daß er die Verteidigung niederlege. Friedmann bestätigte diese Erklärung. Bei verlassenen Turen wurde dann der Führer der politischen Sicherheitsabteilung vernommen, der über geheime kommunistische Vereinigungen und über die Frau Nicolawa, die Friedmann verborgen gehalten hatte, Angaben machte.

Notizen.

Der Ehrenlohn der Reichspräsidentenwitwe. Im Reichstag ist ein von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unterzeichneter Gesetzentwurf über das bisher nicht geregelte Ruhegehalt der Witwe des Reichspräsidenten eingegangen. Danach soll folgendes bestimmt werden: „Stirbt der Reichspräsident im Dienst oder während der Zeit, in der die ihm nach diesem Gesetz zustehenden Bezüge gemährt werden, so wird seiner Witwe ein Witwenlohn in Höhe der Hälfte des Ehrenlohnes des Reichspräsidenten, seinen ehelichen oder legitimierten Kindern das sich daraus nach dem Tode des Beamtensinhaltsdienendes ergebende Waisenlohn gewährt. Zu dem Witwen- und Waisenlohn treten die jeweils den Beamtenhinterbliebenen zustehenden Rinder- und Leutenlohnzuschläge. Dieses tritt am 1. Januar 1925 in Kraft.“

Köln wird ungelänglich. Die sozialdemokratische Kölner Stadtverordnetenfraktion hat zur nächsten Stadtverordneten-Sitzung den Oberbürgermeister ersucht, folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen: Die Versammlung wolle beschließen, eine Anordnung unter Führung des Herrn Oberbürgermeisters zu dem Herrn Reichspräsidenten, dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Reichsaussenminister zu erlassen, um zu erfahren, was die Reichsregierung für die Räumung Kölns getan hat, wo die Hindernisse gegen die Befreiung liegen, was fernerhin für die Räumung Kölns geschehen wird und ob und für wann endlich dieses Ziel erreichbar erscheint.

Neuer Kommunisten-Prozess. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik begann am Montag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Sepner ein neuer großer Kommunisten-Prozess. Angeklagt sind der Kesselschmied Ernst Schertz und sechs Genossen aus Hannover. Vor Beginn der Verhandlung lehnte der Angeklagte Schmidt den Vorsitzenden Sepner ab, besang ab. Das Gericht wies aber den Ablehnungsantrag als unbegründet zurück. Die Angeklagten haben sich wegen Hochverrats, Beihilfe zum Hochverrat sowie wegen Sprengstoffvergehens, schweren Raubes und Erpressung, schweren Diebstahls, Urkundenfälschung und Mißbrauchsgeld zu verantworten. Sie sollen in Hannover und Umgebung sich unbefugt große Mengen Waffen, Sprengstoffe und Munition beschafft, Terror- und Partisanengruppen gebildet und Sprengstoffverbrechen vorbereitet haben, u. a. auch das Attentat am 21. Dezember 1923 auf das Regierungsgebäude in Hannover. Der eigentliche Täter ist bereits abgemittelt. Die Verhandlung wird etwa 4 bis 5 Tage dauern.

Polizeiherverheit in Riga. Die Polizei von Riga verhaftete zwanzig Personen, darunter einen bolschewistischen Führer, der zur Propaganda nach Lettland geschickt worden war. Die Verhaftungen stehen in Verbindung mit der Entdeckung einer kommunistischen Geheimdruckerei, in der gefälschte Wäse und Dokumente hergestellt wurden.

zur Eröffnungsfester des Deutschen Museums. Mit dem Stellvertreter des Reichspräsidenten Simons trat am Montagabend bereits der Reichsinnenminister Schiele, der Reichsaussenminister Stresemann, Wirtschaftsminister Welfenhausen und Postminister Stingl zu der großen Einweihungsfester nach München gefahren, wo auch sämtliche Parteien des Reichstags durch ihre Führer vertreten sein werden.

Das Wahlergebnis von Paris.

Paris, 5. Mai. Von Paris liegt nunmehr das offizielle Wahlergebnis vom Sonntag vor. Es wurden abgegeben für den Nationalblock 205 719 Stimmen (am 11. Mai 1924 233 816), für das Links-Partei 196 848 (177 695), für Kommunisten 95 587 (125 407).

Das Links-Partei hat demnach seine Stimmenzahl gegenüber dem vorigen Jahre um rund 20 000 erhöht, während der Nationalblock einen Verlust von 27 000 und die Kommunisten sogar einen solchen von 30 000 aufzuweisen haben. Prozentual hat das Kartell der Linken seinen Stimmenanteil von 33 auf 38 Prozent zu erhöhen vermocht, wogegen der Nationalblock von 42 auf 40 Prozent und die Kommunisten von 23 auf 18 Prozent gefallen sind.

Gewerkschaftslongree in Breslau. Wie der „Sozialdemokratische Pressebericht“ aus Kreisen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes erfährt, findet der diesjährige Gewerkschaftslongree im Monat August statt. Als Tagungsort ist Breslau gewählt worden, jedoch ist der Termin noch nicht bestimmt. Sehr wahrscheinlich wird aber die Tagung im Anschluß an die Breslauer Herbstmesse oder vor der Herbstmesse stattfinden. Die Tagesordnung selbst steht noch nicht fest.

Ein Schlaganfall Antistors. Iwan Antistor, der vor einigen Tagen wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nach der Charite übergeführt wurde und sich noch dort befindet, hat am Sonnabend einen Schlaganfall erlitten. Sein Befinden verschlechterte sich demnach, daß Geheimrat Krauß die beiden Söhne Antistors an das Krankenlager ihres Vaters rief. Der Zustand Antistors hat sich etwas gebessert, jedoch besteht immer noch Lebensgefahr.

Von Faschisten überfallen. Der litauische sozialdemokratische Sejmabgeordnete Darkeles leitete am 1. Mai in Schaulen eine Volksversammlung. Auf dem Heimweg wurde er gegen 12 Uhr nachts auf der Straße von zwei mit Schusswaffen bewaffneten Männern überfallen und in bestialischer Weise zugerichtet. Der Schwereverletzte blieb auf der Straße liegen und wurde am nächsten Morgen von Passanten gefunden und ins Krankenhaus gebracht. Als Täter kommen faschistische Elemente in Frage.

Die Waffenhandelskonferenz. Die internationale Konferenz zur Kontrolle des privaten Waffenhandels ist am Montag in Genf eröffnet worden. In seiner Begrüßungsansprache sagte der Präsident: Die Konferenz werde sich nicht mit der Privatwaffenindustrie beschäftigen, auch nicht mit dem legalen Waffenhandel. Nur der illegale Waffenhandel sei zu bekämpfen. Die einheitliche Aufgabe der Konferenz sei, ein Abkommen zu schließen, das den privaten Waffenhandel nur gegen Erlaubnisförmeln der einzelnen Regierungen zulasse und durch Veröffentlichung dieser Erlaubnisförmeln eine Kontrolle des Waffenhandels in der ganzen Welt ermögliche. Die Konferenz wird wahrscheinlich drei Wochen dauern.

Depeschen.

Die französische Presse zur Gemeindevwahl.

Paris, 5. Mai. Zum Ergebnis der französischen Gemeindevwahlen schreibt „Figaro“, das Kartell der Linken geht aus der Wahl gewiß nicht triumphierend hervor, aber zweifellos ohne gesichert. Parlamentarisch wird nach dieser Wahl der Ausschluß der Sozialisten immer schwieriger. Der Gedanke einer Beteiligung der Sozialisten an der Regierung wird nun rasche Fortschritte machen.

Im „Reuple“ steht der 3. Mai hat den Sieg vom 11. Mai 1924 vervollkommen. Erneut mit absoluter Klarheit hat die große Mehrheit des Landes die verhängnisvolle Politik des nationalen Blockes beurteilt und gleichzeitig auch die Abenteuer der kommunistischen Diktatur verworfen. Diese Wahl wurde von allen Parteien als ein Volksurteil über das Werk aufgefaßt, das das Kartell der Linken seit einem Jahre vollbringt.

Im „Deubre“ wird erklärt, welche Gesichtspunkte auch die Presse des nationalen Blockes an den Tag legt, es wird nicht gelingen, seine Niederlage zu maskieren.

„Ere Nouvelle“ schreibt, die Reaktion erklärte seit 2 Monaten, daß das französische Volk genug habe vom Kartell der Linken und daß Neuwahlen nötig wären, um dieser durch das Volk schon vorurteilten Politik ein Ende zu machen. Unter diesen Bedingungen haben die Gemeindevwahlen den Wert eines Referendums über die Haltung der Regierung, die von der Mehrheit der Kammer unterstützt wird, gehabt.

Der Versöhnungswille Frankreichs.

London, 5. Mai. „Westminster Gazette“ begrüßt in einem Leitartikel das Ergebnis der Gemeindevwahlen in Frankreich als einen Beweis, daß die Mehrheit der Franzosen für den Einheitsblock sei, und daß die französischen Wähler es ablehnten, sich durch Furcht vor der monarchistischen Reaktion in Deutschland nach rechts treiben zu lassen, daß die französische öffentliche Meinung vielmehr entschlossen für eine Versöhnung sei.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Reichstagsabgeordneter Silberstein hat folgende die enge Verbindung zwischen dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und den Mietervereinigungen in den Fragen des Wohnungsrechts und des Wohnungsbaues. Der Kampf habe sich zunächst auf einen Gesetzentwurf zu konzentrieren, der vor einigen Tagen beim Reichstag eingegangen sei und die Minderung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern betrafte. Nach diesem Entwurf sollen die Länder die Mieten nicht nur zum Friedensstand, sondern darüber hinaus erhöhen, um die Ausnutzung der Hauszinssteuer zu ermöglichen, die eine Dauersteuer werden soll.

Der Bundesvorsitzende Dziedl sprach über das Thema „Was fordern wir von der Gesetzgebung?“ In der Vorkriegszeit ist für das Wohnungswesen zuwenig geschehen, weshalb wir heute der Lattage der größten Säuglingssterblichkeit an Tuberkulose gegenüberstehen. Man hat der Privatkapitalisation zuviel Freiheit gelassen, daß sie die Regel schiefes lassen konnte und die Gesetzgebung entschuldigend beeinflusste. Nun müsse eine neue Wohnungsgesetzgebung erkämpft werden. Im Vordergrund stehe das Problem der Mietzinbildung.

Nach längerer Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die gegenüber den Versuchen des Hausbesitzes, sich erneut zu verschulden, um seine Gewinne zu realisieren, ein Belastungsversperregesetz und die Ueberführung des Realcredits in öffentliche Hand durch Verstaatlichung der Hypotheken anken, zum Schutze der Mieter von Bohn- und Gewerbetrieben die sofortige Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts, zur Senkung der Mieten in den Neubauten die Vergabe zinsloser Hypotheken, energische Bekämpfung des Baustoffwuchers, eine Wohnungsbaubank, den Neubau zu finanzieren, Förderung des Kleinwohnungsbaues und endlich als unentbehrliche Grundlage jeder dauernden Verbesserung unserer Wohnverhältnisse die baldige Verabschiedung eines Reichsgesetzes fordert, welches den deutschen Grund und Boden der privaten Spekulation entzieht und seine Verwendung zum Nutzen der Allgemeinheit dauernd sichert.

Churchills Budget.

Von unserer Londoner Mitarbeiter wird uns geschrieben: Das Budget, das alljährlich nach Ostern von dem britischen Schatzkanzler im Unterhaus eingebracht wird, ist, wenn nicht das wichtigste, so doch jedenfalls das die öffentliche Meinung am tiefsten erregende Ereignis im parlamentarischen Kalender. Es geht Jahr für Jahr nach dem gleichen, für den kontinentalen Beobachter so erstaunlichen Ritual vor sich, in dem sich die Verschiedenartigkeit der politischen Welten hüben und drüben vielleicht am besten spiegelt.

Wochenlang vor dem denkwürdigen Tage beginnt in der gesamten Presse das Rätseln. Was wird das Budget bringen? Während auf dem Kontinent der Staatshaushalt weder besondre Ueberraschungen zu bringen pflegt, noch mit ängstlicher Sorge bis zur Vorlage im Parlament geheimgehalten wird, bringt es die besondere Situation Englands als Freihandelsland, die Art seiner Steuerbelastung u. s. w. mit sich, daß dem Finanzminister bei dem Aufbau seines Budgets unvergleichlich größerer Spielraum gelassen ist.

Das Unterhaus ist gepackt voll wie an keinem andern Tage. Da die Engländer zwar die Organisation eines Weltreiches fertig brachten, aber für ihre Volksvertreter im Unterhaus nicht genügend Platz schaffen können, so spielt sich an diesem Tage regelmäßig in der ersten Morgendämmerung vor dem englischen Parlament ein einzigartiges Schauspiel ab. Von 5 Uhr früh an stellen sich die Abgeordneten des englischen Volkes vor den verschlossenen Türen des Unterhauses, wie zu einer Wutpolonaise, an, um einen Sitz für die Verhandlungen zu erlangen. Die zuletzt kommenden Abgeordneten müssen mit Plätzen auf der Galerie vorlieb nehmen.

Auf dem Wege von Downingstreet 11, der traditionellen Wohnung des Schatzkanzlers, zum Parlament, ein paar hundert Schritte, hat der Schatzkanzler eine wahre Phalaris von Photographen zu durchstoßen, die das vielstimmige Lächeln des Mannes für alle Zeiten festhalten wollen, der in dieser Stunde das finanzielle Geschick Großbritanniens verkörpert.

Wenn sich der Schatzkanzler um 4 Uhr erhebt, um seine Budgetrede im Angesicht von einem halben Duzend früherer Schatzkanzler zu halten, da hat die Spannung einen Höhepunkt erreicht, der selbst von der dramatischsten Regierungskrise in einem der kontinentalen Parlamente nicht überboten werden kann.

Damit aber ist das Budget-Ritual noch nicht erfüllt: nach der Rede des Kanzlers, die regelmäßig, jahraus, jahrein als eines der größten Ereignisse seit Menschengedenken gefeiert wird, erheben sich die ersten Finanzgelehrten der Opposition, in der Regel frühere Schatzkanzler Seiner Majestät, und beglückwünschen den Redner zu seiner gigantischen Leistung.

Der große Tag ist um — der Kanzler steht im Zenit seines Daseins — die Morgenblätter singen Hymnen. Der nächste Tag aber bringt — wenn es sich nicht um eine allereerste Leistung der Budgetkunst handelt wie das Budget des sozialistischen Schatzkanzlers Snowden — die große Ernüchterung.

Die Opposition streift ihre Gratulationsmütze ab, analysiert, zergliedert, vernichtet das Budget, und wenn der Morgen des zweiten Tages graut, ist das Wunder von vorgestern zu einem schlechten Trid geworden. Es war ein Traum.

Über im nächsten Jahre wird es nicht anders sein und so bleiben bis zu den Zeiten der Kinder und Kindeskinde.

Schält man aus dieser aufgeregten Unmelt das heutige Budget Winston Churchills heraus, so bleibt eine erhebliche Reduzierung und eine bedeutend geringere staatsmännische Leistung übrig. Es drängt sich einem auch hier wieder im härtesten Maße der Eindruck der Zwiespältigkeit auf, die als Charakteristik der gesamten Regierungspolitik Baldwins immer wieder festgelegt werden muß. Dieses Budget, das seiner Absicht nach zum wirtschaftlichen Aufschwung Großbritanniens und zur Herstellung der sozialen Gerechtigkeit das Seine beitragen soll, ist eine seltsame Mischung von freihändlerischer und schutzzöllnerischer Wirtschaftspolitik. Finanzpolitik, von sozialer Einstellung und glatter Kapitalisation vor den Wünschen der Reichen unter den Reichen auf der andern Seite.

Für Deutschland liegt das Hauptinteresse des Budgets in jenen Teilen, die sich auf die Zollgesetzgebung beziehen. Wenn die Wiedereinführung der Mac-Kenna-Zölle auf Automobile, Klaviere, Uhren u. s. w. voraussichtlich auch keine Exportinteressen ersten Ranges treffen bzw. die Exportfähigkeit der betroffenen deutschen Industrien nur zum Teil schwächen, so dürfte trotzdem diese Abwertung Churchills ins Schutzzöllnerische eine Verminderung des deutschen England-Exportes mit sich bringen und damit auch auf die deutsche Arbeiterschaft nicht ohne Einfluß bleiben.

Die jährliche Sensation ist vorbei, es hat im Gegensatz zu den sprichwörtlichen englischen Neun-Tage-Wundern nur ein Zwei-Tage-Wunder gegeben. Churchill wird nach dieser ersten Probe nicht unter die großen englischen Finanzminister gezählt werden. Man wird sich an diese Rede Churchills nur wegen der gleichzeitigen Verkündung der Rückkehr zum Goldstandard erinnern. Das ist aber keine Budgetangelegenheit im engeren Sinne und war in die Budgetrede nur um der Wirkung willen eingefügt worden. Das Budget selbst aber ist das Zeugnis einer verärgerten Gelegenheit.

Kriegsgericht in Sofia.

Am Weltfeiertag des Proletariats begann das Kriegsgericht in Sofia die Verhandlungen gegen die Mitgeschuldigen an der Sprengung der Kathedrale des Heiligen. Von Gerechtigkeit wird dabei nicht viel die Rede sein, sondern nur von Rache. Rache der Reaktion. Rache nationalitätlicher Offiziere an den Opfern einer wehrmüdenen Putschaktion, die ihnen Moskwa jähling in die Klauen lieferte. Nicht nur in Bulgarien, sondern in allen europäischen Ländern

Gerade das Kraftfrad

Ist von seiner Bereifung besonders abhängig. Versagt diese, nützt selbst der beste Motor nichts. Zuverlässig und griffig ist der

Continental

Cord-Block

Er ist besonders für das Kraftfrad konstruiert

(Fahrt nach der „Continental-Strassenkarte“ I)

Kampf um die Lastenverteilung.

Präsident E. B. eröffnet um 2 Uhr 20 Minuten die Montag-Sitzung des Reichstags...

Abg. Herz (Soz.):

In allen modernen Staaten stehen die Finanz- und Steuerprobleme gegenwärtig im Vordergrund...

5 Milliarden Goldmark aus diesen Massensteuern aufgebracht worden, also fast 70 Prozent der gesamten Einnahmen des Reiches...

(Hört, hört! bei den Soz.) Wenn man bedenkt, daß die Vorauszahlungen für die Einkommensteuer zum großen Teil abgewälzt worden sind...

In England gibt es überhaupt keine Umsatzsteuern, Verbrauchssteuern und Zölle nur für wenige entbehrliche Massenbedarfsartikel...

Einkommen unter 2700 Mark völlig steuerfrei, nach den neuen Vorschlägen des englischen Finanzministers soll ein Einkommen bis zu 4500 Mark der Steuer nicht unterliegen...

Wenn trotzdem die englische Einkommensteuer solche Riesenerträge bringt, so deshalb, weil der übrige Teil der Bevölkerung zur direkten Einkommenbesteuerung in einem Maße herangezogen wird...

Nach eine Bemerkung über die Ausgaben im englischen Budget. Trotzdem in England die Einnahmen zum größten Teil aus den Besitzsteuern kommen...

sozialen Lasten wesentlich hinter England zurückbleibt. In dem von Churchill vorgelegten Budget sind allein 3 Milliarden Goldmark für Erwerbslosenunterstützung enthalten...

Auch der Vergleich mit dem Steuersystem anderer Länder fällt zugunsten Deutschlands aus. In Frankreich ist das Existenzminimum wesentlich höher als bei uns...

Die Ueberbelastung der Masse ist in erster Linie aus sozialen Erwägungen zu beklagen; sie ist aber auch die wichtigste Ursache unserer Wirtschaftskrise...

Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums ertönen aber auch den Sparwillen unserer Bevölkerung. Die Vorschläge sehen zwar eine Begünstigung der Kapitalbildung vor...

Der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion zur Reform der Reichsregierung ist der: Angeht es die bisherige Entwicklung unserer Finanz- und Steuerverhältnisse...

daß die Lohnsteuer erheblich abgebaut wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ohne Kenntnis des Reichstags und ohne gesetzliche Ermächtigung...

langen nach Ermäßigung der Lohnsteuer abgelehnt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Lohnsteuer wurde bei der Beratung der zweiten Steuernovelle...

Zur Lohnsteuer verlangt die sozialdemokratische Fraktion die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags von 60 Mark monatlich auf 100 Mark...

Die Umsatzsteuer hatte nur eine Verrückung in der Zeit eines durch die Verhältnisse bedingten hohen Steuersystems...

Die bisherigen Ermäßigungen der Umsatzsteuer haben gezeigt, daß nur ein Teil des erwarteten Ausfalls eintritt...

Sehung der Produktion und Verstärkung der Kaufkraft und durch eine Vermehrung der steuerpflichtigen Umsätze...

In den jetzigen Ausgaben des Reiches steckt noch der Betrag von 31 Millionen Mark Landabgabe. Von dieser Landabgabe sind im letzten Rechnungsjahr 42 Millionen eingegangen...

(Hört, hört! und Zuruf links: Aber nicht an die kleinen Bauern!) Ich sehe keinen Anhaltspunkt dafür, daß die Steuereinnahmen geringer sein sollten als im Jahre 1924...

Sowenig die Steuerentlastungen der Regierung vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus zu rechtfertigen sind...

gewerbmäßigen Steuerbrüder zu eigen gemacht, die ganz vergessen haben, daß nach einem verlorenen Kriege der Neuaufbau der Wirtschaft von allen Lasten und Opfer verlangt...

Die Besitzsteuern werden herabgesetzt, gemildert oder ganz beseitigt. Keine Besteuerung ist vorgesehen für die Inflationsgewinne der Landwirtschaft...

Ich habe kein Verständnis dafür, daß nach dem Ueberleitungsgebot Rückstellungen an den Besitz vorgehen sind. Insgesamt sind durch Vorauszahlungen nur 862 Millionen eingekommen...

So ungünstig das Urteil über den Finanzausgleichslauten muß, so ist doch die Feststellung wichtig, daß das Fundament der Steuerreform, das im Jahre 1919 geschaffen wurde...

im ganzen Deutschen Reich alles gleichmäßig zu diesen Lasten beiträgt. Der ungeheuerliche Zustand, daß es reiche und arme Gemeinden gibt...

Zusammenfassend will ich sagen: Im Gegensatz zur Steuerreform von 1919, die den Versuch machte, soziale Gesichtspunkte zu verwirklichen...

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn ich mir weiter vergegenwärtige, daß die Reichsregierung auch noch Fälle auf Lebensmittelpreis plant...

Die Steuerentlastungen streben das Gegenteil an: Sie zwingen uns, alles zu tun, um diese Vorlagen zu Falle zu bringen. Der Reichstanzler Marx hat bei seiner letzten Kundgebung...

Abg. Preger (dt-natl.): Die Steuerentlastungen der Regierung sind rein finanztechnisch betrachtet die beste Arbeit...

Abg. Wensch (Str.): Die Einkommensteuer muß die Zentralsteuer unseres ganzen Steuersystems werden. Um so schneller kann die Umsatzsteuer abgebaut werden...

Mißbrauch der Kartellgewalt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei der Weiterberatung des Etats für das Reichswirtschaftsministerium die Frage des Mißbrauchs der Kartellgewalt...

Der Reichstag sollte heftigstenfalls die Reichsregierung zu erfuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den 1. die Errichtung eines Kartellregisters angeordnet wird...

Zum Neben für diese Sache ist der Abgeordnete Krähig bestimmt. Im Reichswirtschaftsministerium ist man nicht erfreut, daß die Sozialdemokraten diese Frage aufrollen...

Die große Gefahr.

Bei einem geselligen Zusammensein der Delegierten des Exekutivausschusses der Bergarbeiter-Internationale in Brüssel hielt Vandervelde eine bemerkenswerte Ansprache...

Vandervelde führte aus, der Eindruck dieser Wahl sei selbstverständlich nicht erhebend, doch schlechter als der Eindruck würde die Wirkung dieses Volkstumsseins sein. Die Friedensfreunde haben in allen Ländern von jeher einen schweren Stand gehabt...

Sufmann, der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, bemerkte, daß auch die großen Schwierigkeiten, welche die deutsche Demokratie in der Außenpolitik gefunden habe...

Der Franzose Dumoulin, der gleichzeitig Vertreter Frankreichs im Internationalen Arbeitsamt ist, erklärte, wenn auch die französische Rechte Hindenburgs Wahl ausschloßen würde...

Nachrichten aus der Provinz.

Parteinachrichten.

Durch. Fraktionssitzung am Mittwoch abend 8 Uhr bei Holzmann.

Kreis Wanzleben.

Groß-Dietzeleben. Moskau marschiert dem Be- grüßungstag entgegen. Einen Stützpunkt hatten die Kom- munisten nach bei der Jugend in den Sportvereinen.

Stadtkreis Burg.

Ueber den Arbeitsmarkt im April berichtet das Arbeitsamt: Die Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben sind, trotzdem eine Besse- rung besonders in der Landwirtschaft und im Baugewerbe zu verzeichnen ist, nach wie vor vorhanden.

wobon rund 180 als Hilfsarbeiter an der städtischen Bade- anstalt beschäftigt werden. 152 weibliche Arbeitsuchende wurden gemeldet.

Eine Fraktionssitzung findet am Mittwoch bei Holzmann statt.

Ein gefälliger Frauenabend findet morgen (Mittwoch) abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus statt.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Gammern. Die Maifeier der organisierten Arbeiter- schaft für Gommern und Umgegend nahm einen harmonischen Verlauf und war ein Erfolg der Arbeiterschaft.

Jerichow. Eine Kundgebung für den 1. Mai in je- riger Beteiligung wie bei dieser Maifeier hat unsere Stadt noch nie gesehen.

fall fanden. Die Maiberanstaltungen haben dazu beigetragen, das Band fester zu knüpfen, das alle Proletarier umschließt.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Barleben. Filmbortrag. Der Verein der Freiwähler für Feuerbestattung veranstaltet am Donnerstag den 7. Mai, abends 8 Uhr, im Kino einen öffentlichen Filmbortrag über die Feuerbestattung.

Wittenberg. Die Maifeier. Die im Jacobschen Saale von der Arbeiterschaft veranstaltete Maifeier hätte noch besser besucht sein müssen.

Koßitz. Der Feiertag der internationalen Arbeiterschaft wurde hier durch einen imposanten Festzug am Vorabend ein- geleitet.

Neuhaldensleben. Der Frauen-Unterhaltungs-abend für Mai findet erst am Donnerstag den 7. Mai, abends 8 Uhr, bei W. Herzog statt.

Neuhaldensleben. Die Maifeier nahm einen glängen- den Verlauf. Trotz des trübten Wetters hatten sich eine große Zahl Stimmungsfreunde zum Ausmarsch nach dem Wald eingefunden.

Rüftet zum Reichsbannertag am 10. Mai in Althaldensleben!

Das schöne Mädel.

Roman von Georg Hirschfeld.

(2 Fortsetzung.)

Warum auch nicht, ich bin ja dem Franzl keine Schwester. Ich war schon am liebsten ebenjo Franzl. Dann häßt ich keine Lust mehr auf's Jägerhäusel und brauchst mich nicht mehr von Dir schlecht machen zu lassen.

warteten immer schon auf Afra und bildeten einen zwischenden Gahreis. Dann trieb es Afra, zum Hauptportal des Friedhofs zu gehen. Die Hände am Rücken blühte sie zu den Sphingen empor.

Er nickte, als er Afra kommen sah. Wie ein Dackelhündchen glitt es über seine faltigen Züge. Dann sah das Mädchen neben ihm und blühte schweigend vor sich hin.

(Fortsetzung folgt.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. Mai 1925.

Heimarbeit.

Anstellungshallen am Lehrter Bahnhof in Berlin. Nicht Gemäde der Juristen oder der großen Berliner Kunstausstellung werden diesmal für ihre Künstler, sondern das Glend der Heimarbeit ist bis Mitte Mai zur Schau gestellt.

Wo tarifliche Bindungen bestehen, wo die schwer zu organisierenden Heimarbeiter ihren Verbänden zugeführt werden konnten, herrscht gerade erträgliche Zustände. Aber bei der tariflosen Heimarbeit gibt es zumeist Entlohnungen, die mit dem Worte Hungerpfennige noch viel zu milde gekennzeichnet sind.

Reinberdienste für eine Stunde von 1 1/4 Pfennig, 2 1/4 Pfennig und 4 Pfennig errechnen sich.

Dort die Vergleichenicht, bei fleißiger Arbeit kommt die Blumenarbeiterin auf 4 Pfennig die Stunde. Hier wieder Rat-schen, die von einem 17jährigen Arbeiter hergestellt, 3 Pfennig für die Stunde ergaben. Da wieder fädelte ein 73 Jahre alter Mann in Erfurt Wickel ein, zählte und notierte sie zu Hunderten und bündelte wieder fünf Bündeln zusammen. Zu 1000 Stück bedarf es einer Pfg. bei 4 1/2 Stunden. Reinberdienst die Stunde sage und schreibe 1 1/4 Pfg. Für ein Duzend Paar tangende Tiroler bekommt im Sonnenberger Kreis ein Arbeiter 1,20 Mark, dazu muß er noch das Material liefern. In den Straßen der Großstädte wird ein Paar für 1 Mark verkauft. Wie ein Sohn Klingt da eine gedruckte Anpreisung: „Das Paar wird tangen. Musik dazu erhöht die Stimmung.“

Papiernüssen, Mästen, Kattchen, für all den bunten und lärmenden Fastnachts- und Jahrmarktsspiel — ein Reinberdienst von 2 bis 3 Pfennig die Stunde. Dazu kommt in der stillen Zeit Arbeitslosigkeit, bis wieder Aufträge kommen und von den ge-heckten Menschen

16, 18, in 20 Stunden den Tag

gearbeitet wird. Die Kinder müssen fleißig mithelfen und werden schon 2 bis 3 Stunden vor Schulbeginn und nach der Schule bis in die Nacht hinein mit zur Arbeit herangezogen.

Christbaumzähmung, Spielzeuge, Glasaugen, Glasperlen, Kinderuhren. Heimarbeit, wo oft der gesamte Verdienst der ganzen Familie nicht mehr als 10 bis 20 Pfennig ausmacht.

Dazu kommt noch der vergebliche Kampf gegen die Maschine, bis der immer geringere Verdienst auf einem Nichts zusammenzinkt. Zwergebetriebe mit einem engen Wohnraum, zumeist Küche und Schlafraum zugleich, zusammengedrängt. Umstellungen zu andern Besonderheiten, bis auch diese wieder nicht mehr gegen die Maschine aufkommen können. Eine erschütternde Anhänglichkeit an den „eigenen Betrieb“ bei diesen Spezialarbeitern, die in der Geschichte der Weber eine Parallele findet und sich nur mit dem hartnäckigen Meiben an armer Scholle vergleichen läßt.

Wieder bin ich draußen in den lärmenden Straßen mit Eindringern, wie sie die Kunst eines düstern Malers nicht erschütternder geben konnte. Eine Straßenbahnfahrt 15 Pfennig. Mich freilich. Viele Laufende im Deutschen Reich, in Thüringen, im Erzgebirge, in Schlesien, im Schwarzwald und anderswo arbeiten darum eine, zwei, drei, ja über zehn Stunden. Ausgemergelte Frauen, Männer, schwindsüchtige Kinder, enge dumpe Wohnräume steigen vor mir auf. Müde, nur mit letzter Kraft aufgerissene Augen. Noch im Schläfe sich bewegende, nervöse Hände, die Duzend zu Duzend, Gros zu Gros Spielzeuge für ein paar Pfennige austreiben. Erlösgeristerne in den Kronen der Christbäume tauchen plötzlich vor mir auf und fangen an, höhnisch zu funkeln. Das wenige Papiergeld in meiner Brieftasche injiziert und ich muß rechnen, es umrechnen in Stunden, Stunden, Tage, Wochen des Verdienstes armer Heimarbeitler. Wie eine Krankheit verfolgt es mich, dieses Rechnen-müssen.

Doch in den Straßen der Reichen flirzt und flimmert es weiter in frohem Gepränge. Luxus und Verschwendung in Kaufsalons, Zimelienläden und Schlemmerlokalen. Hunderte, ja Tausende von Mark mit leichter Hand weggegeben. Was dort oft die übermüdete Saune für einen kurzen Augenblick ausgibt, es türmt sich wie ein Alpdruck zu Stunden, Tagen, Jahren bitteren Erlebens von vielen Tausenden.

Heimarbeit, zwei teuflische Lügen zugleich in einem Worte. Das ist nicht Heim und ist nicht Arbeit, das ist eine höllische Verzerrung, wie sie nur auf kapitalistischem Boden entstehen konnte. Bruno Schönlanf.

Geschäftsbericht der Mitteldeutschen Heimstätte G. m. b. H.

Während der Wohnungsbau im Jahre 1923 durch die Inflation lahmgelegt wurde, machte sich nach dem Geschäftsbericht der Mitteldeutschen Heimstätte G. m. b. H. im Jahre 1924 der Kapitalmangel auch auf diesem Gebiet unangenehm fühlbar. Mit der in der dritten Steuerreformordnung geschaffenen Hauszinssteuer war beabsichtigt, dem Wohnungsbau neue Geldquellen zu erschließen, indem ihm mindestens 10 Prozent der Abgabe zugewiesen werden sollten. Die Länder gingen fast durchweg über diesen Mindestsatz hinaus. In Preußen waren es nach der Verordnung vom 1. April 50 Prozent der Hauszinssteuer, die zur Befriedigung von Neubaubedürfnissen zur Verfügung standen. Die Städtegemeinden vereinnahmten den größten Teil der Abgabe. So kamen beispielsweise auf Berlin 26 Prozent und auf die ganze Provinz Sachsen nur 6 Prozent der Gesamtabgabe, wodurch der von der Heimstätte-Gesellschaft erstrebte „Umstellung von der Stadt aufs Land“ entgegengearbeitet wurde.

Als eine besonders dringende Aufgabe des Wohnungsbaues betrachtet die Heimstätte-Gesellschaft die Schaffung von Heimstätten für die abgebaute Bevölkerung. Bisher konnten aber nur Beamte des Reiches, der Bahn und der Post berücksichtigt werden. Die Haupttätigkeit der Mitteldeutschen Heimstätte G. m. b. H. beschränkte sich im Jahre 1924 nach dem Bericht notwendigerweise auf Kreditbeschaffung und Versuche zur Verbilligung der Baukosten. Die Grundlage ihrer Finanzierungen bildeten Hauszinssteuerhypotheken. Die Gesellschaft hat unter Einfluß von 125 aus dem Jahre 1923 übernommenen Konten im Jahre 1924 ein Bauprogramm von 1020 Wohnungen durchgeführt. Dazu war natürlich die Beschaffung erheblicher Mittel erforderlich, deren Höhe, wie der Geschäftsbericht sagt, „in keinem Verhältnis zu dem Betriebskapital der Gesellschaft“ stand. Es wurden Kreditanträge in Höhe von über 2.000.000 Mark abgeschlossen. Das gelang nur Hilfe der Bürgerschaft der Provinz Sachsen und der Kommunen, die die Aufnahme von Krediten durch die Sächsischen Provinzialbank und die Girozentrale-Kommunalbank für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt ermöglichte. Die Preussische Landesparlamentarier in Berlin, deren Generalvertretung für die Provinz Sachsen die Mitteldeutsche Heimstätte-Gesellschaft übernommen hat, kam zur Finanzierung der gemeinnützigen Bauarbeiten in Betracht.

von insgesamt für gemeinnützige Wohnungsbauten in Preußen bereitgestellten 206.000 Festmeter Nadelrundholz entfiel

auf die Mitteldeutsche Heimstätte G. m. b. H. ein Anteil von 20.000 Festmetern. Nach Angabe der Gesellschaft erfolgte ein Verkauf von Rundholz nur in einem Falle an den Kreis Schleusingen. Der Gesamtumfang der Gesellschaft belief sich auf 25.611.265,38 M. Die Gesellschaft hofft, durch Kapitalerhöhung mit eigenen Mitteln ihre Leistungen wesentlich steigern und den Kleinwohnungsbaue weiter fördern zu können. Zu den gegen die Heimstätte G. m. b. H. in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfen möchten wir bei dieser Gelegenheit keine Stellung nehmen.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Magdeburg Süd. Mittwoch den 6. Mai, abends 8 Uhr, Frauenversammlung im „Wobbeber“. Ref.: Stadtvorordneter Genosse Heeneberg. — Funktionäre und Wahlleiter um 7 Uhr im „Wobbeber“.

Betriebsvereinsleitung S. P. D. Mittwoch den 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung bei Ed. Goß. Tucherkugestraße 22. Ohne Ausweis late kein Zutritt.

Bezirk Salbke. Donnerstag den 7. Mai, abends 8 Uhr. Funktionärs-sitzung in der „Kaiserhalle“.

Kommunisten und Theater.

Daß die Theater Magdeburgs in finanzieller Hinsicht keineswegs auf Rosen gebettet sind, dürfte allgemein bekannt sein. In der letzten Sitzung erst hat die Stadtverordneten-Versammlung für das Haushaltsjahr 1925/26 einen Zuschuß von rund 600.000 Mark bewilligen müssen, um den Theaterbetrieb in unserer Provinzialhauptstadt wenigstens in dem zurzeit bestehenden Umfang weiterführen zu können. Diese Summe, die auch im Gesamtetat der Stadt eine nicht unerhebliche Rolle spielt, ist notwendig, um der Magdeburger Bevölkerung sowohl als auch den zahlreichen Fremden die Theaterkunst zu vermitteln. Vor allem macht sie den Grundsatze erforderlich, daß der Preis für das Gebotene unter keinen Umständen die Grenze der Leistungsfähigkeit der Besucher übersteigen darf.

Da Magdeburg neben dem Stadttheater, das zurzeit hauptsächlich als Opernbühne in Frage kommt, seit einigen Jahren das Wilhelm-Theater unterhält, ist eine Möglichkeit zur besten Ausnutzung der vorhandenen Kräfte gegeben. Würde wie früher nur ein Theater vorhanden, so würden Operpersonal und Schauspielbesetzung auch vorhanden sein müssen, könnten aber nicht in dem Maße herangezogen werden, wie es die Jahresverträge mit den Bühnenkräften der Stadt gebieten. Allerdings ist der jetzige Zustand noch nicht ganz erfreulich. Das Orchester reicht nicht aus, um das Wilhelm-Theater in wünschenswertem Umfang mit musikalischen Aufführungen bedenken zu können. Dabei ist es gerade das Wilhelm-Theater, das fast ausschließlich für die breiteren Volksschichten in Frage kommt. Hier haben bekanntlich die Besucherorganisationen, voran die Volksbühne, ihre Theaterveranstaltungen, durch die allmonatlich an 20 bis 21 Abenden etwa 13.000 bis 15.000 Personen ihren Kunstgenuß befriedigen.

Im Musentempel am Brüdertor kommen also, die Sonntage abgerechnet, insgesamt monatlich nur noch 4 bis 5 Abende für freie Vorstellungen in Betracht. Im Stadttheater sind bei neun Abonnementabenden, von deren Besuchern jeder Anspruch auf drei Vorstellungen im Monat hat, auch nur insgesamt 3 bis 4 Abende einschließlich der Sonntage als offene Vorstellungen möglich. Diese werden zumeist noch mit Gastspielen belegt, so daß nur wenig Bewegungsfreiheit vorhanden ist. Die große Ausnutzung der Theater durch organisatorische Maßnahmen in der Besucherfrage ist auch im Interesse der Stadt notwendig gewesen, um ihr eine größtmögliche feste Einnahme zu sichern. Die durch viele offene Vorstellungen zu erzielende Einnahme wäre, wie die Erfahrung lehrt, schwach und ungewiss.

Wenn auch an den Abonnementabenden im Stadttheater nicht alle Plätze durch Abonnenten besetzt sind, so besteht doch bei den meisten der zugänglicheren Opern und auch Schauspielen eine rege Nachfrage nach den noch freien Plätzen. Lediglich nach unbekannteren und modernen Aufführungen ist weniger Nachfrage. Hier könnte es, wenn die Abonnenten nicht da wären, dazu kommen, daß das Theater einmal nur eine lächerlich geringe Besucherzahl aufweist. Weil sich die Form der Abonnementvorstellungen als die glücklichere auch für die wirtschaftliche Seite des Theaters erwiesen hat, soll möglichst eine noch größere Ausnutzung dieser für die Füllung des Raumes zweckmäßiger Organisation der Theaterfreunde angestrebt werden.

Der Kommunisten war die Beratung im Stadtparlament wieder eine Gelegenheit zu unsinniger Agitation. Sie stellten den Antrag, daß wenigstens einmal im Monat jeder Erwerbslose einen Freispaß im Theater haben solle. Bei den rund 8000 Erwerbslosen müßten dann pro Tag etwa 300 Freikarten ausgeben werden. Wo aber diese Plätze hergenommen werden sollen, verriet die Antragsteller nicht. Von den ungefähr 1000 Plätzen des Theaters sind 600 bis 700 Plätze abnominiert, und die übrigbleibenden wie oben geschätzt bei zugänglichen Stücken leicht veräußlicht. Die Erwerbslosen werden auch nicht den Wunsch haben, in die schwierigen unbekannteren Dramen und Tragödien geschickt zu werden, wo ihnen bei ihrem Glend gewöhnlich ein noch größeres gezeigt wird. Bei diesen Stücken glänzt schon das sonstige Theaterpublikum durch Abwesenheit. Die Volksbühne weiß aus Erfahrung, daß gerade das von wirtschaftlicher Not Bedrückten bei schwerer Theaterkost das Theatergeben nur verleidet wird.

Die Opern und bekannteren Schauspiele und Lustspiele aber lassen verhältnismäßig wenig Plätze frei. Auch steigern sie durch guten Besuch die so dringend notwendigen Einnahmen und helfen so vielleicht manche Tausend Mark Zuschuß sparen. Die Kommunisten werden gutun, ihren Mann im Theaterauschuß mit den Möglichkeiten der Durchführung solcher Anträge vertraut machen zu lassen, bevor sie Unmögliches verlangen. Daß ein nicht geringer Teil der Erwerbslosen im letzten Jahr Theatervorstellungen frei besuchen konnte, ist einzig und allein der Volksbühne zu verdanken.

Reichsbanner Magdeburg!

Zur Fahnenweihe Salzwedel am 10. Mai geht eine Gesellschaftsfahrt. Der Fahrpreis hin und zurück beträgt 6 Mark. Wir fahren Sonntag vormittag 5.55 Uhr vom Hauptbahnhof ab. Alle Teilnehmer treffen sich 5.15 Uhr Hauptbahnhof, Eingang Kölner Straße. Meldet sofort alle Teilnehmer. Die Beteiligung muß sehr groß werden, da es gilt, in der dunkelsten Ecke unferes Landes — in der Altmark — machtvoll zu demonstrieren.

Zur Fahnenweihe in Burg am 24. Mai gehen Sonderzüge. Der Fahrpreis hin und zurück beträgt 1,20 Mark. Meldet sofort alle Teilnehmer.

Fürsorgewohnungen für Kranke.

Eine soziale Keurung, wie sie bisher noch von keinem andern Orte in Deutschland eingeführt worden ist, wird von der Stadt Gelsenkirchen geplant. Es handelt sich um eine völlig neue Einrichtung auf dem Gebiete des Wohlfahrts- und Wohnungswesens, die, wenn sie, wie zu erwarten, Erfolg hat und allgemein in deutschen Städten zur Einführung gelangt, auf dem Gebiete der praktischen Fürsorge einen wesentlichen Schritt vorwärts zur Verhütung der Verelendung des Volkes und zur Hebung der Volkstracht bedeutet.

Im Bauetat für 1925 sind von der Stadt Gelsenkirchen nämlich 100 Fürsorgewohnungen aufgeführt. Sie sollen besonders an Tuberkulose abgeben werden und in gewissem Maße Anstaltspflege ersetzen. Solch ein Fürsorgehaus ist einstüdig; es enthält vier Zimmer, eine Badeeinrichtung, eine Diegehele nach der Sonnenseite hin, einen großen Garten, und mehrere zusammenliegende Häuser haben einen gemeinsamen Spielplatz für die Kinder.

Die Wohnungsfrage ist die Kernfrage des ganzen Problems der Bekämpfung der Volksseuchen. Darum ist solche soziale Tat, die die Tuberkulosefürsorge mit der Lösung der Wohnungsfrage auf diesem Gebiete verbindet, ein neues grundsätzliches Stadium berner Kommunalpolitik, das die Aufmerksamkeit aller Gemeindevorsteher verdient. Neue Untersuchungen bedeutender Gelehrter haben erwiesen, daß ein Tuberkulosefall an einem Tage im Durchschnitt 2000 Krankheitskeime durch Husten und Niesen verbreitet. Ist da bei der Wohnungsfrage, unter der die große Masse des Volkes leidet, die zunehmende Ansteckung an Tuberkulose verwunderlich?

Der Franzose Combe hat Säuglinge aus Familien, die an Tuberkulose erkrankt waren, in ländliche ansteckungsfreie Umgebungen gebracht und dabei entscheidende Erfolge erzielt. Tuberkulosefreiheit trotz Abstammung aus tuberkulösen Müttern, weil die Tuberkulosegefahr beim Aufwachsen des Kindes beseitigt war. Spricht da nicht Wände über das Wohnungsleben die von der Münchner medizinischen Wochenschrift gebrochene Feststellung Dr. Hofmanns, daß von 6 bis 8jährigen Schulkindern aus dem Ruhrgebiet 1921 27,4 Prozent und 1924 35,4 Prozent ausgemerzt tuberkulös waren?

Im Tuberkulosejahrkataster für Erwachsene hat Deutschland zurzeit 198 und für Kinder 257. Die Heilstätten genügen aber für die ganze Größe des Tuberkuloselebens bei weitem nicht, ebensowenig wie die beratende kommunale Fürsorge ohne Wohnungsangelegenheit genügt. Die sog. Fürsorgewohnungen der Stadt Gelsenkirchen zeigen einen Weg, der von der größten Bedeutung für die gesundheitliche Zukunft des Volkes werden kann, wenn dieser Anfang zu einem systematischen Ausbau von abgeschlossenen Gesundheitsbezirken in den Städten führt.

Ministerialdirektor Dr. Klausener schrieb kürzlich in der Zeitschrift für soziale Hygiene: „Es ist eine Frage, die ich hier nicht entscheiden, aber einmal anregen will, ob man bei der Verteilung der Hauszinssteuer nicht auch einen Teil für Tuberkulosefrankente absondern und damit die sanitären Verhältnisse tuberkulöser infizierter Familien bessern kann.“

Es wäre zu prüfen, ob nicht ein Teil der Hauszinssteuer für solche hochwertigen sozialen Zwecke wie die Gründung von Fürsorgewohnungen verwandt werden kann. Die Stadt Gelsenkirchen hat mit ihrer Maßnahme gezeigt, daß etwas Grundsätzliches zu unternehmen möglich ist. Es muß die Aufgabe aller Kommunen sein, auch ihrerseits diesen Weg praktischer Fürsorge in Verbindung mit praktischer Wohnungsangelegenheit zu beschreiten.

Versammlung des Sparaffen- und Giroverbandes.

Im Karpatenhaus zu Gotha fand die Verbandsversammlung des Sparaffen- und Giroverbandes für die Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt statt. Generaldirektor Hartmann (Magdeburg) erstattete den Geschäftsbericht für 1924. Trotz der im Berichtsjahre plötzlich eintretenden Stabilisierungstriebe waren durchaus günstige Geschäftsergebnisse zu verzeichnen. In der Bilanz wird ein Reingewinn von 1.061.94,68 Mark ausgewiesen.

In längeren Ausführungen begründete Bürgermeister Paul (Magdeburg) die aus den Auswirkungen der Inflation sich ergebende Notwendigkeit, das Betriebskapital der Girozentrale neu festzusetzen. Die beantragte Neufestsetzung des Betriebskapitals der Girozentrale auf 5 Millionen Mark wurde einstimmig beschlossen. Außerdem stehen einschließlich des Geschäftsgewinnes für 1924 3,5 Millionen Mark zur Verfügung, die den offenen Forderungen der Girozentrale überwiesen werden. Durch weitere Zuführungen soll das Betriebskapital einschließlich der Sicherheitsrücklage auf rund 10 Millionen Mark erhöht werden. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß alle Kredite einer eingehenden Nachprüfung unterzogen sind und daß bei weitestgehender Sicherung die gesamte Kreditwirtschaft der Girozentrale auf völlig gesunder Grundlage steht.

Geheimrat Dr. Kleiner (Berlin) erörterte die Probleme der Kreditverteilung. Vor einer Überbahrung der Konzentration sei aber im Interesse einer gleichmäßigen und gerechten Verteilung zu warnen. Die Sparaffen- und Giroorganisation würde einer Überbahrung der Geldkonzentration ihrem natürlichen Aufgabebereich entsprechend entgegen. Die bei den Sparaffen aufkommenden Gelder würden in erster Linie zur Befriedigung der Kreditwirtschaft im südlichen Geschäftsbereich verwandt. Nur die überschüssigen verfügbaren Mittel und die zur Sicherung der Liquidität erforderlichen Gelder würden bei den Girozentralen im Interesse des Geldausgleichs innerhalb der Provinzen und Länder angelegt, ebenso wie die Girozentralen ihrerseits ihr verfügbares liquides Mittel der Deutschen Girozentrale zuführen, damit diese zwischen den Provinzen und Ländern nach Ueberseh und Bedarf den Geldausgleich bewirke. Der Präsident der Preussischen Staatsbank habe zum Ausdruck gebracht, daß die auf die Preussischen Staatsbank entfallenden, zum Teil auch aus Reichsquellen fließenden Geldmittel der Sparaffen- und Giroorganisation, zur Vergabe von Kommunalkrediten zugänglich gemacht werden sollen. Die der Preussischen Staatsbank auch aus Reichsquellen zur Verfügung stehenden Mittel sollen zur Pflege des Privatkreditgeschäfts, soweit verfügbar, nur den Privatbanken und Genossenschaften zugeführt werden. Hinter der Sparaffen- und Giroorganisation mit rund 3000 Sparaffen und 8000 Zahlstellen ständen etwa 50 Prozent des gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes und des Kleingewerbes.

Anschließend fanden die Ergänzungs- bzw. Neuwahlen des Vorstandes nach dem vom Wahlausschuß gemachten Vorschlägen statt. Für die durch die beschlossene Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder noch zu besetzenden zwei Sitze wurden gewählt von den Landkreisen der Provinz Sachsen Landrat Bod. b. Wülfsingen (Worbis) und von den thüringischen Landkreisen Kreisdirektor Dr. Rhein (Gülbürgshausen).

Sundesperre in Magdeburg.

Bei einem in Wangleben am 21. v. M. getöteten Hunde ist amtstierärztlich Tollwut festgestellt worden, desgleichen bei einem in Süldorf getöteten Hunde. Ferner ist in Langenweddingen wegen Tollwutverdachts ein Hund getötet, der einen Menschen und 63 Schafe befiel hat.

Es besteht der begründete Verdacht, daß durch frei umherlaufende Hunde die Tollwut bereits nach Magdeburg eingedrungen ist. Der Polizeipräsident hat eine Verordnung erlassen, die folgendes bestimmt:

Der Stadtkreis Magdeburg bildet ein Sperrbezirk für Hunde. Für diesen Sperrbezirk wird angeordnet:

- a) Alle in dem gefährdeten Bezirk vorhandenen Hunde, auch wenn sie erst nach Anordnung der Sperre in diesen Bezirk eingebracht werden, sind nach dieser Anordnung festzusetzen. Die angezeichneten Hunde sind so zu verwahren, daß sie von herrenlos umherstreifenden Hunden nicht gebissen werden können.
b) Der Festlegung ist das Führen der mit einem schwarzen Maulkorb versehenen Hunde an der Leine gleichzusetzen.
c) Die Ausfuhr von Hunden aus dem gefährdeten Bezirk ist nur mit polizeilicher Genehmigung nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung gestattet. Wird die Genehmigung zur Ausfuhr eines Hundes erteilt, so ist die Polizeibehörde des Bestimmungsortes von dem bevorstehenden Eintreffen des Hundes in Kenntnis zu setzen.

Der Gründungskongress der 'Internationalen Vereinigung der Angestellten, Beamten und Lehrer im öffentlichen Dienst' (I.A.B.L.) tagt in der Zeit vom 11. bis 18. Mai in Paris.

Verkehrsstreit in Paris. Weil sie sich an der Maifeier beteiligten, wurden von der Pariser Verkehrs-Gesellschaft 2500 Angestellte ausgesperrt.

Aus den Gerichtssälen.

Meineid? Ein recht trauriges Bild zeigte die Schwurgerichtshandlung gegen den 19 Jahre alten Schloffer Gustav Noack wegen Meineids.

Der Autobesitzer wurde zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Dagegen legte er Berufung ein. Vor dem Berufungsgericht änderte aber Noack seine Aussage insofern ab, als er behauptete, daß der Radfahrer bereits vom Rabe gefallen sei.

Der Staatsanwalt beantragt wegen wissenschaftlich falscher Aussage ein Jahr sechs Monate Zuchthaus. Rechtsanwalt Dr. Boerenjüngung ist der Auffassung, daß der Angeklagte objektiv unrichtige Angaben vor Gericht gemacht habe.

Das Gericht war anderer Meinung und verurteilte den 19 Jahre alten Angeklagten wegen wissenschaftlich falscher Aussage zu einem Jahre drei Monaten Zuchthaus.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg. An alle: Der Verein Landgard veranstaltet am 9. und 10. Mai eine Straßensammlung zugunsten des Kinderhilfswerks.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn.

Am 7. und 8. Mai werden im ganzen Reich rund 350 000 wahlberechtigte Arbeiter der Reichsbahn zur Entscheidung darüber aufgerufen, wer in der kommenden Wahlperiode ihre Interessen im Betrieb wahrnehmen soll.

Es stehen zur Wahl: rund 6400 örtliche Betriebsvertretungen bei den einzelnen Dienststellen und Werkstätten, 30 Bezirksbetriebsräte bei eisenbahnbahnbezogenen und der Hauptbetriebsrat bei der Hauptverwaltung in Berlin und der Gruppenverwaltung Bayern in München.

Ersteilichereise setzt sich auch bei den Eisenbahnern in steigendem Maße die Erkenntnis durch, daß nur der innigste Zusammenschluß in einer starken Gewerkschaft den notwendigen Schutz bieten kann gegen die brutalen Methoden und Gewaltmittel eines herrschsüchtigen Unternehmertums.

Der Kampf der Eisenbahner gegen Ausbeutung und Willkür für eine menschenwürdige Existenz und Ausbau der sozialen Rechte wird geführt vom Deutschen Eisenbahner-Verband.

Die Eisenbahner wissen, daß der Deutsche Eisenbahner-Verband sowohl in der Inflationszeit wie in der Abbauperiode alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um ihre Interessen wahrzunehmen.

Die Märzbewegung der Eisenbahner - ihr Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und gerechten Lohn - hat gezeigt, daß ein harter Gegner wie die Reichsbahn-Gewerkschaft nur durch Einigkeit und Geschlossenheit zum Nachgeben gezwungen werden kann.

Die rechte Antwort. Eine Unterabteilung der kommunistischen Zentrale in Berlin hat die Berliner Betriebsräte zu einer 'Vollversammlung' eingeladen.

An die sat. Oppositionelles Betriebsrätekomitee nennenden Beauftragten der SPD. a. H. des Herrn Max Selheim.

Die rechte Antwort. Eine Unterabteilung der kommunistischen Zentrale in Berlin hat die Berliner Betriebsräte zu einer 'Vollversammlung' eingeladen.

Tiere rechtzeitig zu benachrichtigen. Während der Ueberführung und am Bestimmungsort ist der Hund den gleichen Beschränkungen zu unterwerfen, die für ihn zur Zeit der Ausfuhr am Grenzposten vorgeschrieben waren.

Die Benutzung der Hunde zum Ziehen wird unter der Bedingung gestattet, daß sie dabei fest angeführt und mit einem sicheren Maulkorb versehen werden.

Waisentungen sind noch einmal in einem kleinen Posten eingetroffen und in der Buchhandlung Volksstimme zu haben.

Magdeburger als Kongressstadt. Ein großer Völkerversammlungskongress findet in diesem Jahre, wie im vergangenen, wieder in Magdeburg statt, und zwar vom 29. Mai bis 1. Juni einschließlich in der Halle Stadt und Land.

Das Theater Vanducci mit Gesellschaft trifft in den nächsten Tagen hier ein und wird im Krieger-Palast (Seipziger Straße) vom Mittwoch den 6. Mai bis einschließlich Sonntag den 17. Mai (außer den beiden Sonntagen am 9. und 16. Mai) sowie Montag den 11. Mai) täglich abends 8 Uhr Vorstellungen veranstalten.

Tätigkeit der Feuerwehr im Monat April. Im Monat April wurde die Feuerwehr 31mal alarmiert. Die Alarmierungen betrafen 1 Großfeuer, 2 Mittelfeuer, 14 Kleinf Feuer, 5 blinde Alarme, von denen 2 in böswilliger Absicht abgegeben waren.

Lebensmüde. Die Kontoristin Annemie Kr., wohnhaft Große Ringstraße 18, versuchte sich am Montag vormittag in ihrer Wohnung mit Leuchtgas zu vergiften.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Spielstätte Groß-Magdeburg. Samstag abend 7 Uhr Seilerweise (Schloß).

Arbeiterverein Kinderfreunde Magdeburg. Kinderfreund Nr. 4 abholen.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Großer öffentlicher Vortrag. Die Veranstaltung Großer öffentlicher Vortrag am Donnerstag den 7. Mai im großen Saal des 'Kongress-Hauses' eines großen öffentlichen Vortrag über das Thema 'Die Zeit der Befreiung ist nahe'. Der Eintritt zu diesem Vortrag ist frei.

Zustände in einem Krankenhaus.

Entgegen den gezeichneten Ablehnungsverfügungen der Stadt Berlin, daß irgendwelche Mißstände im Krankenhaus Friedrichshain in Berlin vorgelegen hätten, hat jetzt auch der 5. Zivilsenat des Kammergerichts in dem Prozeß des Arztes Dr. Arndt gegen die Stadt festgestellt, daß die Zustände auf der Tuberkulosestation des Krankenhauses Friedrichshain trotzlos gewesen seien. Die Stadt müsse für ihr Verschulden in diesem Falle die volle Verantwortung tragen, und dem infolge der unhygienischen Zustände auf der Tuberkulosestation infizierten und erkrankten Ärzte wurde vom Kammergericht

ein Aushalt in Davos

von 7 Monaten auf Kosten der Stadt zugebilligt. Mit diesem Urteil ging das Kammergericht noch über das Urteil des Landgerichts, gegen das die Stadt Berlin Berufung eingelegt hatte, hinaus. Von seiten der Stadt waren alle Vorwürfe gegen das Krankenhaus Friedrichshain energig bestritten worden, die Krankenhausdirektion ging sogar so weit, alle Behauptungen, die Tuberkulosestation genüge nicht den hygienischen Anforderungen, als böswillige Verleumdung hinzustellen.

Das Urteil des Kammergerichts, dessen Begründung zehn Schreibmaschinenseiten umfaßt, stellt die Schuld der Stadt fest. Es heißt in ihm u. a.: Aufgabe des Klägers Dr. Arndt sei es gewesen, glaubhaft zu machen, daß die Beklagte, also die Stadt Berlin, die ihr nach § 618 Abs. 1 und 2 BGB. obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt habe. Das sei ihm gelungen. „Es ist glaubhaft gemacht, daß die Einrichtung und Verpflegung der dem Dr. Arndt anvertrauten Station zur fraglichen Zeit

nicht den hygienischen Anforderungen

entsprach, die unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse billigerweise zu stellen waren. Allerdings sind gewisse Gefahren mit dem Dienst auf einer Tuberkulosestation notwendig verknüpft und unvermeidbar. Liegen aber Mißstände vor, die die Ansteckungsgefahr über das Maß des Normalen erhöhen und Ansteckungsmöglichkeiten schaffen, die sich bei sachgemäßer Einrichtung und Verwaltung vermeiden lassen, so ist den Erfordernissen des § 618 BGB. nicht genügt.“

Das Urteil geht dann auf die Mißstände in einzelnen ein. Es wird als erwiesen erachtet, daß die Ueberfüllung der Station mit Schwerkranken die Infektionsgefahr erhöht habe. Der Verbleib der Fußböden habe Risse und Beschädigungen von erheblichem Umfang aufgewiesen. Auch habe die Reinigung der Fußböden zu wünschen übrig gelassen. Die Wände des Krankenhauses seien im Jahre nur einmal abgeputzt worden. Staub und Schmutz habe sich flodenweise an den Wänden und an der Decke festgesetzt. Die Fenstervorhänge seien in ähnlichem Zustand gewesen. Die Kranken hätten oft

längere Zeit in schmuddiger Wäsche

liegen müssen. In einer sofort greifbaren Waschgelegenheit mit fließendem Wasser für Ärzte und Pflegepersonal habe es gefehlt. In den vorhandenen Waschküchen wurden die Spiegel der Kranken gereinigt. Die Schürzen der Ärzte und Schwestern wurden in denselben Waschküchen gewaschen wie die der tuberkulösen Kranken. Endlich wurde als erwiesen erachtet, daß auf der Station eine Mäuseplage geherrscht habe, so daß nachts die Tiere über die Betten der Kranken liefen. Es wird im Urteil weiter angeführt, daß der Nachweis des Gegenteils, den die Stadt Berlin zu erbringen hatte, im wesentlichen mißlungen sei. Dem erkrankten Dr. Arndt falle kein Verschulden an seiner Krankheit zur Last, sie sei lediglich auf die Mißstände im Krankenhaus zurückzuführen.

Der Prozeß, in dem dieses die Stadt Berlin in höchstem Maße belastende Urteil gefällt wurde, war nur ein Vorprozeß zu dem eigentlichen Hauptverfahren, in dem die Mißstände im Krankenhaus Friedrichshain in allen Einzelheiten erörtert werden sollen. Der Magistrat Berlin hat seinerzeit amtlich mitteilen lassen, daß alles „in bester Ordnung sei“. Durch das Urteil des Kammergerichts ist diese Behauptung widerlegt.

Kleine Chronik.

Eine Familientragödie. Eine entsetzliche Familientragödie spielte sich am Sonnabend in Leipzig ab. Ein im Erdgeschoss des Hauses Eisenacher Straße 4 wohnender Werkzeugschlosser bezifferte seine drei Kinder mit Phantasi und machte dann seinem Leben mit Leuchtgas ein Ende. Ehe ärztliche Hilfe herbeigerufen werden konnte, waren zwei Kinder bereits gestorben. Auch bei

dem Vater waren die Wiederbelebungsversuche vergeblich. Lediglich das dritte Kind konnte zum Bewußtsein zurückgerufen werden und wurde auch sofort dem Krankenhaus zugeführt. Der Schlosser hatte vor einem Jahre seine Frau durch den Tod verloren und soll darüber schwermütig geworden sein. Es wird angenommen, daß er im Trübfinn beschloß, mit seinen Kindern aus dem Leben zu scheiden.

Schwerer Unfall bei einem Autorennen. Bei dem Gaimbergrennen in Göttingen ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, so daß das Rennen kurz vor Schluß abgebrochen wurde. Ein Wagen aus Eilenach kam kurz vor Schluß des Rennens bei einer Wiederholungsfahrt zu weit über die Kurve hinaus und geriet nach Angaben von Augenzeugen mit einem Rad auf den Sand, wodurch der Führer die Gewalt über das Steuer verlor. Der Wagen fuhr infolgedessen in die Zuschauermenge hinein und überschlug sich mehrere Male. Nach den bisherigen Feststellungen wurde ein Zuschauer schwer verletzt. Von den Insassen erlitt einer schwere Rippenbrüche, ein anderer mehrere Knochenbrüche.

200 Sportboote verbrannt. Ein gewaltiger Brand kam auf dem Gelände des Fährbetriebs in Schmöckwitz bei Berlin zum Ausbruch, bei dem über 200 Motoruber- und Segelboote im Gesamtwerte von mehr als 100 000 Mark vernichtet wurden. Der Schuppen des Fährbetriebs war in Brand geraten und stand bereits wenige Augenblicke später in hellen Flammen. Infolge des starken Windes griff das Feuer auf das benachbarte Bootshaus „Storchneß“ über. Hier waren über 100 Motor- und Segelboote untergestellt. Das Feuer fand an den leicht brennbaren Materialien reiche Nahrung und breitete sich über das ganze Haus aus, so daß sämtliche Boote ein Raub der Flammen wurden. Auch die Nebenschuppen, in denen sich Ruderboote befanden, brannten mit ihrem Inhalt nieder. Die Feuerwehren konnten nicht verhindern, daß das Bootshaus „Storchneß“ und das Fährhaus mit über 200 Sportbooten bis auf die Grundmauern niederbrannten. Der Schaden ist erheblich und nur in ganz geringem Maße durch Versicherung gedeckt.

Die verhängnisvolle Schinkenstrafe. Ueberraschend schnell ist es der Nordkommission des Berliner Polizeipräsidiums gelungen, ein schweres Verbrechen in Hoppegarten, wo vor einigen Tagen der Amtsdiener Buchholz zur Nachtzeit von Einbrechern erschossen wurde, aufzuklären und ein volles Geständnis der Verhafteten zu erlangen. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich sofort gegen zwei in der dortigen Gegend besonders gefährliche Verbrecher, die stets bei ihren Raubzügen mit dem Revolver ihre Opfer bedrohten. Der Kriminalpolizei gelang es, diese beiden zu ermitteln und festzunehmen. Es handelt sich um die vielfach vorbeurteilten Ein- und Ausbrecher Anastasius Eleminski und Franz Wegener, die wegen verschiedener schwerer Straftaten von den Behörden gesucht wurden. Eine genaue Durchsicherung ihrer Wohnräume förderte verschiedene Lebensmittel, vor allem Reste eines Schinkens jutage, der in Hoppegarten gestohlen worden war. Dieser Schinken wurde den beiden Verhafteten zum Verhängnis, denn er wies genau dieselbe Verschmierung auf wie die andern von den Dieben zurückgelassenen Räucherwaren. Auf Grund dieses Beweismaterials bequemten sich schließlich die beiden Schwerverbrecher zu einem Geständnis, wolle aber von dem Ertrassenen gleich mit Revolverkugeln empfangen worden sein und nur in „Notwehr“ von ihrer Waffe Gebrauch gemacht haben.

100 Prozent Wahlbeteiligung! Die Gemeinde Eich bei Treuen (Vogtland) hat restlos ihre Wahlpflicht ausgeübt. Alle 84 Wähler (100 Prozent) haben ihren Stimmzettel abgegeben, allerdings sieben ungültige. Leider wird nicht mitgeteilt, ob sich die Mehrzahl der Wähler für oder gegen Hindenburg ausgesprochen hat.

Ein verheerender Blitzschlag. In Tröbigen bei Bichsweiler hat ein aus heiterem Himmel niedergehender Hagelblitz Verheerungen angerichtet, wie sie nach dem Urteil von Sachverständigen als Folge eines Blitzschlages noch nicht vorgekommen sind. Der Blitz, der nach den Angaben mehrerer Augenzeugen in Form einer großen Feuermasse ansehend senkrecht und verhältnismäßig langsam niederging, schlug in ein Transformatorhaus bei der Schule, sprang auf die Telefonleitung über und richtete in der Wohnung des Lehrers große Verwüstungen an. Die Wand wurde durchgeschlagen, die Zimmerdecke wie von Granatsplittern durchlöchert, die Gardinen verbrannt. Der Lehrer wurde zu Boden geschleudert und erlitt eine linkeitige Lähmung. Die Schulkinder, die den Blitz vom Unterrichtszimmer hatten niedergehen sehen, gerieten in große Erregung, da das ganze Schulhaus von starkem Schwefelgeruch angefüllt war. Derselbe Hagelblitz hat auch die Transformatorhäuser in zwei benach-

barren Orten zerstört und dabei eine eiserne Stütze von 6 Metern Länge in kleine Splitter zerschlagen. Zwei Arbeiter, die in einem 1 1/2 Kilometer entfernten Steinbruch an der elektrischen Leitung beschäftigt waren, wurden zu Boden geschleudert. Der Blitz hat etwa 50 Fernsprechanstöße in den benachbarten Orten unbrauchbar gemacht.

„Einbrecher für alles.“ Ein seit September vorigen Jahres in Untersuchungshaft befindlicher 28 Jahre alter Bauarbeiter Meber aus Hausen (Oberamt Kottweil) hat beim Landeskriminalpolizeiamt Stuttgart eingestanden, daß er in Gemeinschaft mit andern Beuten in Kottweil, Aurich, Dortmund, Münster, Arnberg, Hildesheim, Halberstadt und Braunschweig über 40 Einbrüche und Diebstähle in oder aus Kirchen, Wohnungen, Ladengeschäften usw. ausgeführt hat. Die Diebstähle dieser Bande war gut organisiert; sie besaßen sichere Abnehmer der Beute in Schornhorst bei Dortmund und Schöningen bei Braunschweig. Insgesamt wurden bisher 87 Personen, von denen die Haupttäter bereits in Haft sitzen, den Strafverfolgungsbehörden zur Aburteilung übergeben.

Ein verätzter Mord. Im Jahre 1897 verstarb in Oberkornh (Lothr.) der 19 Jahre alte Michael Feller unter eigenartigen Umständen. Der seinerzeit untersuchende Arzt, der inzwischen verstorben ist, erklärte damals, daß der junge Mann einem Schlaganfall erlegen sei. Nun nach 28 Jahren kam bei einem Wortstreit Licht in die Angelegenheit. Drei Vettern, Michael Feller und Franz Feller, gerieten seinerzeit bei der Heimkehr von einer Feier in Streit, wobei Michael durch Schläge derart verletzt wurde, daß er starb. Um den Verdacht abzulenken, schleppte Franz Feller die Leiche abwärts, wo sie später aufgefunden wurde. Der Bruder des Verstorbenen erhob nun Klage. Es kann aber gegen den Täter nichts mehr unternommen werden, nachdem bereits Verjährung eingetreten ist.

Vom Flugzeug erschwert. Ein entsetzlicher Unfallsfall hat das Fest gestellt, das der französische Luftschifferklub auf dem Gelände des Aerodroms von Orly gab. Während eine Anzahl von Aviatikern in der Luft akrobatische Kunststücke zeigten, arbeiteten in der Nähe der Landungsstellen die Filmphotographen. Der zweite Vorsitzende der Vereinigung photographischer Reporter, Paul de Clairval, turbelte einen Fallschirmabsturz. In seiner Nähe befanden sich seine Frau und sein kleiner Sohn. Klößlich rief der Geheiß Clairval: „Ein Flugzeug will landen, rasch niederwerfen!“ Aber als Clairval dem Turpe folgen wollte, war es bereits zu spät. Das Flugzeug des Aviatikers Carhaud kam unmittelbar über den unglücklichen Clairval herab und zerschmetterte dem Photographen vor den Augen seiner Frau und seines Kindes den Schädel.

Ein Käsestuhlgeseh. Der französische Senat soll und wird die Roquefort-Riebhaber vor verärgertem Roquefort schützen. Ein Gesetzesvorschlag, der kürzlich eingebracht wurde, fordert den Schutz des Käses. Der Rechtsausschuß des Senats ist zurzeit in das Stadium des Vorschlags vertieft. Der Roquefort-Käse soll völlig aus reiner Schafmilch hergestellt werden, aber in den letzten Jahren ist von den Erzeugern Kuhmilch zugesetzt worden. Gegen diese Verärgertung des Käses wollen sich die Riebhaber des Roquefort durch strenge Strafen schützen, die über jene verhängt werden sollen, die die überkommene Herstellungsformel abzuändern trachten. Wenn der Vorschlag Gesetz wird, wird der Roquefort seine uralte marmorierte Reinheit wiedererlangen. Sechshundert Tonnen Roquefort, deren Wert mit 80 Millionen Frank angegeben wird, werden alljährlich aus Mittel- und Südranreich ausgeführt.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)



Was lese ich?

Ihre Zeitschrift.

Lebensgemeinschaftsschule Nr. 4. — Wohnen & Klagen Monatsheft, Nr. 3. — Westermann Monatshefte, Heft 1. — Photographische Rundschau, Heft 2. — Braunschweig, Heft 5. — Das Kunstblatt, Nr. 100. — Neue Frauenzeitschrift und Frauenkultur, Nr. 5. — Gebrauchsgraphie, Heft 3. — Schönheit, Heft 1. — Weltbühne, Nr. 17. — Simplissimus, Nr. 18.

Buchhandlung Volksstimme.

Mittwoch und Donnerstag 2 ganz besonders wichtige

95 Serien-Tage

Soweit der Vorrat reicht!

Pfennig

Sie müssen sich beeilen wenn Sie die außergewöhnlichen Vorteile unserer volkstümlichen Verkaufstagen noch ausnützen wollen

- 2 Paar Damen-Strümpfe englisch lang, schwarz und farbig 95
- 1 Paar Damen-Strümpfe Baummwolle, harte Qualität, mit Kahl schwarz 95
- 1 Paar Damen Strümpfe prima Seidenfaser, schwarz und Modefarben 1.95
- 1 Paar Damen-Strümpfe prima Baumwolle, Isanbrand 2.95
- 2 Kinder-Schürzen Länge 40 cm, Saubreform 95
- 1 Kinder-Schürze weiß, 40 cm 95
- 1 Juniper-Schürze gestreift und rund 1.95

- 1 Meter Baumwollseide 95
- 1 Meter Körperbarhant ca. 80 cm breit 95
- 1 Meter Schweizer Vollwolle weiß, 116 cm breit 1.95
- 1 Meter Schotten 105 cm breit 1.95
- 1 Meter Seidentritot Mod.-farben 2.95
- 1 Meter Wäscheband farbig, 70 cm breit 2.95
- 5 farbige Herren-Taschentücher 95
- 4 weiße Herrentücher gebrauchsfertig 95

- 1 Damen-Outform Etwa, verschiedene Formen u. Farben 95
- 1 Badmütze garniert, mit Band und Schnalle 2.95
- 2 Mädchen-Banden mit Stickerei, 45 cm lang 95
- 1 Burdchen-Band 95 und 100 cm 1.95
- 1 Damen-Nachthemd Rundhals bestickt 2.95
- 1 Kaffeemilch schwarz, 3 teilig, gezeichnet 95
- 10 Dosen bunte Wolle 95

- 1 Damen-Schlupfhohe feinfarbig Fort 95
- 1 Seidentritot-Schlupfhohe in allen Farben 2.95
- 1 Herren-Mato- oder -Normalhohe 1.95
- 1 Herren-Mato- oder -Normalhemd 2.95
- 1 Kuchrad mit Lederreifen 2.95
- 1 Spazierstock Holz 95
- 1 Selbstbinder moderne St.-Eisen 95
- 1 Paar Hosenträger Gummi, mit Leder 95

1 Kleiderbürste im Karton mit Borst, weiß lackiert 95

1 Giektanne altin lackiert, ca. 2 Ester Inhalt 95

1 Messertasten Metall, gezeichnet 95

12 Kleiderbügel mit und ohne Stieg, sortiert 95

Ein Posten Sportwesten für Kinder, reine Wolle, gestreift 6.95 **4.95**

Sportwesten für Herren und Damen, reine Wolle, gestreift 14.75 **11.75**

R. Wittkowsky

Breiter Weg 61

gesetzliche Miete für Mai beträgt im Kreise Neubalderleben 78 Prozent der Friedensmiete. Wenn der Mieter die so genannten Schönheitsreparaturen selber übernimmt, können 4 Prozent in Abzug gebracht werden, so daß nur 73 Prozent zu zahlen sind. Für die Stadt Neubalderleben kommt außerdem die Umlage für Grund-, Vermögens- und kommunale Grundsteuer hinzu. Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß wenn der Hauswirt das Wassergeld im Umlageverfahren von den Hausbewohnern einzieht, sich die gesetzliche Miete um weitere 1 Prozent der Friedensmiete-ermäßigt.

Neubalderleben. Die Unterbezirkskonferenz des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes war von allen Vereinen durch Delegierte besucht. Die Konferenz gab den Rassenbericht. Das Unterbezirkssängerfest findet am 19. Juli in Wehringen statt. Das Gesangsconcert wird eröffnet durch einen Chorgesang sämtlicher Vereine; hierfür wurde der „Festgesang“ von Ullmann gewählt. Die erste Chorprobe soll am 5. Juli gelegentlich der Jännerweihnachtsfeier der Sozialdemokratischen Partei in Neubalderleben stattfinden. Die Generalprobe ist am 19. Juli um 1 Uhr mittags in Wehringen. Der Festbeitrag beträgt pro Person 2 Pf. Es wird erwartet, daß sich die Arbeiterschaft, auch aus der Umgegend, recht zahlreich beteiligen. Als Festredner ist der fangsänger Rungenmann (Magdeburg) eingeladen. Ein Magdeburger Bruderverein wird am Feste teilnehmen. Ueber die Vorbereitungen zum Sängerkongress in Magdeburg Pfingsten 1926 berichtete Siebert. Ueber die Parteifahrt sprach Feldmann; sie findet am 12. Juli nach Halle statt. Sämtliche dem Unterbezirk angeschlossenen Vereine müssen sich mit ihren Angehörigen daran beteiligen. — Ein Vieh- und Kraummart findet am 12. und 13. Mai statt. — Die Kommision für die Jännerweihnachtsfeier der Partei hält am Mittwoch den 6. Mai, abends 8 Uhr, bei Herzog eine Sitzung ab, wozu sämtliche Mitglieder unbedingt erscheinen müssen.

Kreis Salze.

Salze. Stadtverordneten-Sitzung. Mit großer Heftigkeit wurde die Tagesordnung erledigt. Ein Punkt, der der letzten Sitzung eine erregte Debatte hervorrief, betraf die Wahl von Mitgliedern zum Wohlfahrtsausschuß. Nachdem die Wünsche in der damaligen Sitzung nun in der Zwischenzeit Befriedigung gefunden haben, ging die Wahl glatt vonstatten. Inoffiziell wurden gewählt die bürgerlichen Stadtverordneten Lehmann, Rippenberg, Nicolai; ferner Genosse Kreischmar und der Kommunist Schröder. Zur Durchführung der Kinderbesuchung im Winterhalbjahr 1925/26 wurden 4000 Mark bereitgestellt. Für die Verpackungen der Weidenbäume auf dem Hofhanger, Grasn- und Solmungsk in den Erdkuten dajelbst ist am Mühlgraben sowie für die Fischerei in den städtischen Teichen und für Abwehrpackungen wurden die Zuschüsse erteilt. Die Anträge auf Umwandlung der Realschule und auf Ausbau d. gegebenenfalls umgewandelten Anstalt sind vom Minister abgelehnt worden. Der Realschulabschluss wird sich weiter auf dieser Frage beschäftigen. Zum Neubau von Wohnungen und Anlage neuer Straßen soll eine Anleihe von 200 000 Mark aufgenommen werden. Den Finanzansuchen wird die Angelegenheit nochmals beschäftigt. Ueber eine Anfrage des Genossen Hiller wegen der Akerpreise der Kleinparzellen werden wir die Erledigung der Angelegenheit eingehend berichten. Zum Schluß produzierte sich der bürgerliche Stadtverordnete Nuthig (Wohlfahrtspartei) als kleiner Anfrager. Schier unendlich sind die Fragen, die Nuthig vom Magistrat beantwortet wissen will, um seine rührende Sorge um das Wohl seiner Mitbürger zu beweisen. Es kam nichts dabei heraus, aber er hat wenigstens abgetan. — Wenn zwei streiten... Eine kleine Auseinandersetzung findet zuweilen zwischen den beiden rechtsgerichteten Blättern statt. Der Volksblock hatte am Tage vor der Wahl eine Anzeige in „Stadt- und Landboten“ aufgegeben, die den Inhalt des Telegramms Gindenburgs wiedergab, in dem dieser die Kandidatur infolge seines hohen Alters ablehnte. Diese Erklärung Gindenburgs existiert; daran ändert auch die Hilfe der Reichsblattdirektion nichts. Wegen dieser Vermittlung wurde großer Kriegerrat im Reichsblock gehalten, umfassen gegen den Verleger Fichel war die Folge. Dieser hat sich natürlich gegen die Zumutung, Anzeigen vor der Wahlung in seinem Blatte den Gültich, Horn, Nuthig, Schimpf, Schmeier zur Genehmigung vorzulegen. In diesem Wahlkampf haben wir ja manches Tolle vom Gindenburgsblock erlebt, er aber sogar eine Zeitung unter seine Junktur stellen will, eine Innerlichkeit sondergleichen. — Freigeiprochen von Anlage der Nötigung usw. wurde der Polizeibetriebsrat G. vor dem Schöffengericht in Schönebeck.

Salze. Unsere Maifeier nahm einen glänzenden Verlauf. Mittags beteiligten sich unsere Genossen an der Versammlung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, an die ein Umzug angeschlossen. Im Zuge wurde eine alte 48er Fahne geweiht, unter der in den Märztagen des Revolutionsjahres die alten Demokraten Voese, Nicolai u. a. den Kampf gegen Reaktion führten. Nachmittags fand bei Feingebung an Stelle der leider berragenden Gartenkongress-Unterhaltungsmusik statt. Den Kindern hatten unsere ältesten rührigen Genossen Spiele angeordnet. Mit einem gemütlichen Ball abends bei Krebs fand die Maiberanstaltung ihr Ende. Die von den Kommunisten angeregte gemeinsame Demonstration wurde von uns selbstständig abgelehnt. In unserer Stadt haben sich die Kommunisten ganz besonders in der Beschimpfung unserer Partei hervorgetan, so daß wir für eine Gemeindschaft mit ihnen nicht einmal Stunden zu haben sind. Wir wissen, daß die Einigung der Arbeiterschaft nur möglich ist gegen den Willen der Moskauer, diese Einigung marschiert, das beweisen uns die Neuanmeldungen in der Partei. Auch die Ortsgruppe des Reichsbanners trat in der Nacht begriffen, allein am Wahltag wurden mehr als 40 Mitglieder aufgenommen. Wir ermahnen nicht in der Zukunft für die Partei und die Republik.

Salze. Im Zeichen des Faschings stand am Mittwoch unser sonst so stilles Städtchen. Die gesamten Rückwärtler Schattierungen wie Stahlfeld, Werwolf, Jungwulf, Jungbo, Hens-Bund, sämtliche Militär- und Kriegervereine, die unerschlichen, angeblich unpolitischen Schützen und andre liebevolle machten sich bemerkbar. Es sind immer dieselben Leute, die sich in diesen vielen Vereinen wichtig machen. Für die Führung der Arbeiter ist kein Geld da, aber zur Unterstützung anderer Bestrebungen hat es immer gelangt. Diesem organisierten Nachworte der Reaktion gegenüber ist der Zusammenstoß aller freitheilich gesunden Kreise der Bevölkerung unbedingt erforderlich. — Arbeiter, geht ach! Am Tage nach Reichspräsidentenwahl äußerte sich ein Rühmendeser einiger Kreise gegenüber: „Jetzt geht es anders rum“. Es sei ihm nicht, daß die Arbeiterschaft zum Kampfe stets bereit ist.

Gindenburgs Erfolg war doch ein Durchbruch, aber keine Entlassungsschlicht, das sollte doch selbst ein ehemaliger Offizier erkennen.

Stadtkreis Uchersleben.

Uchersleben. Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung hat eine Zahlstelle errichtet. Die Geschäfte übernimmt vorläufig Genosse Otto Westel, Freiligrathstraße 4. Der Verein ist eine proletarische, auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaute Organisation. Er gewährt seinen Mitgliedern nach einjähriger Mitgliedschaft völlig kostenlose Feuerbestattung, einschließlich Transport nach dem nächstgelegenen Krematorium, sowie Urnenstelle und Beisetzung. Bei Unglücksfällen wird die Bestattung ohne Verzögerung sofort übernommen. Uebertritte aus andern Feuerbestattungsorganisationen ohne Eintrittsgeld sind möglich, sobald in den andern Vereinen ein Jahr Mitgliedschaft nachgewiesen ist. Die Beitragsleistungen sind niedrig und aus dem Inferrat in heutiger Nummer zu ersehen. Personen über 70 Jahre können innerhalb eines Jahres den Satz von 120 Mark zahlen und haben sich damit eingekauft. Zu weiterer Auskunft ist Genosse Westel gern bereit.

Ulmars.

Stendal. Die Generalversammlung der Partei gedachte ehrend der verstorbenen Genossen Konrad Hänisch, Der Vorsteher, Genosse Ripke, schilderte das Wirken des Verstorbenen für die Arbeiterschaft. Dann wurde der Ausgang der Wahl eingehend besprochen. Alle Mängel und Beschwerden wurden kritisch beleuchtet. Notwendig ist, daß sich alle Parteigenossen und -genossinnen zur Agitation zur Parteiarbeit zur Verfügung stellen. Die Anregungen des Genossen Müller, wiederum eine Agitation für Partei und Presse aufzunehmen, fanden Beifall. Es muß möglich sein, in Stendal wieder Erfolge zu erringen. Der 1. Mai muß auch den Verzagten gezeigt haben, daß die Arbeiterschaft bereit ist, zu demonstrieren für Sozialismus und Wählerbesehrung. Darum alle Mann ans Werk, werbt und arbeitet für Partei und Presse! Aus dem Vergangenen müssen wir unsere Lehren ziehen. Die Abrechnung des 1. Quartals ist geprüft worden. Die Abrechnung der Maifeier konnte noch nicht gegeben werden, doch darf mit einem Ueberfchuss gerechnet werden. Ein Sommerfest soll in diesem Jahre stattfinden. Ob ein Ausflugsort dazu benutzt werden soll oder ob innerhalb der Stadt Ausflüge, Deklamationen usw. ein würdiges Gepäck erlangen. Unsere Parteigenossen wollen sich jetzt dafür eifrig Propaganda machen und Freunde und Bekannte einladen. Die Versammlung fand ihr Ende mit der Aufforderung an alle, die zu uns gehören, die in der Werkstatt, im Bureau, im Maschinenaal oder anderswo beschäftigt sind, zu werden und zu agitieren für den Sozialismus und zum Eintritt in die Sozialdemokratische Partei. Das geistige Rückgeit, die Stärke unserer Macht, entnehmen wir aus der Parteieitung. Darum agitiert fleißig für die „Volkstimme“. In jeder Arbeiterwohnung muß sie zu finden sein.

Tangermünde. Stadtverordneten-Sitzung. Genehmigt wurde gegen die vier Stimmen der Kommunisten der Haushaltsplan der Rammerei, der mit 802 000 Mark abschließt. In Grundvermögenssteuern werden hiernach erhoben 100 Prozent Zuschlag bei bebauten Grundstücken und 300 Prozent bei unbebauten Grundstücken. Daß sich die Vertreter der Tangermünder Großlandwirte gegen die 300 Prozent wandten, verhielt sich von selbst. Sie blieben aber allein auf weiter Flur. Eine längere Aussprache entspann sich auch in dieser Sitzung wieder über den Bau eines Wohnhauses mit vier Zimmerwohnungen in der Friedrichstraße auf städtische Kosten. Unsere Vertreter und auch die Kommunisten wandten sich scharf dagegen mit der Begründung, daß die Stadt in erster Linie Kleinwohnungen zu bauen habe, denn da ist die Not am größten. Die bürgerliche Mehrheit aber ließ ihren Willen durch und bewilligte die Mittel für den Hausbau. Die Zukunft wird ja beweisen, daß die Gründe, die besonders der Erste Bürgermeister ins Feld führte, nicht weithin waren, denn die Kreise vom Tangermünder Amtsgericht haben andere Gründe, als den Wohnungsmangel. Das Ortsstatut für das Gewerbegericht wurde nach dem vorliegenden Entwurf genehmigt, ebenso die Satzungen für den öffentlichen Arbeitsnachweis. Kenntnis genommen wurde von dem Beschluß des Magistrats für die Aufstellung von Schaubuden usw. nur nach dem Platz am Langer frei zu geben. Gegen die Wichtigkeit dieses Beschlusses läßt sich viel ins Feld führen. Zum mindesten muß man verlangen, daß der Platz auch in einem solchen Zustand gehalten wird, daß man Schaustellern zumuten kann, hier ihr Gewerbe auszuüben. Für den Anbau in der Friedrichstraße wurde dem Kaufmann Herbst die Genehmigung erteilt. Genehmigt wurden auch die Kosten, die der Stadt durch den Abban des Oberlehrers Darner von den höheren Lehranstalten und seiner Aufstellung an der hiesigen Volksschule entfallen. Der Durchbruch neben dem Reustädter Tor muß nach dem Entwurf des Landeskonserbators ausgeführt werden. Die Kosten hierfür wurden bewilligt. Hoffen wir, daß die nun noch notwendigen Arbeiten auch schnellstens fertiggestellt werden, damit die Sache endlich dem Verkehr übergeben werden kann. Bewilligt wurden zum Schluß die Mittel zur Vergrößerung und Verbesserung des Schlachthofs. Die hierzu erforderlichen Gelder entstammen der Schlachthauskasse selbst.

Tangermünde. Die Kasernen sind seit einiger Zeit in erschreckendem Umfang, besonders in den untersten Klassen der hiesigen Schulen, verbreitet. Da die Zahl der Erkrankten in den beiden letzten Klassen der Mädchenchule bis zu 50 Prozent des Schulbestandes betragt, hat die Schulleitung im Einvernehmen mit dem Kreisarzt in diesen Klassen bis zum 17. Mai einschließlich den Unterricht gesperrt. (Siehe Anzeigenteil.)

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Auf nach Salzwedel! Die Teilnehmerzahl an der Fahnenweihe am 10. Mai in Salzwedel aus den Ortsgruppen nördlich von Magdeburg muß sehr groß werden. Gruppen von 30 Mann erhalten 25 Prozent Fahrpreisermäßigung. Je größer also die Teilnehmerzahl, je billiger die Fahrt. Beschließt deshalb sofort eine stärkere Teilnahme an der Kundgebung in Salzwedel. Auf nach Salzwedel am 10. Mai! Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Gau Magdeburg-Anhalt.

Surg. Der am 24. Mai stattfindende republikanische Tag wurde in einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung be-

sprochen. Die Vorbereitungen der verschiedensten Kommissionsarbeiten gutgeheißen. Sämtliche Ortsgruppen der beiden Jurisdiktionen Kreise sind zu diesem Tag eingeladen. Auch von andern Teilen des Magdeburger Bezirks, aus Anhalt und Braunschweig wird eine große Anzahl Kameradschaften erwartet. Die Teilnehmerzahl wird 10 000 überschreiten. Am Freitag den 22. Mai findet ein Fackelzug statt, am Sonnabend wird in zwei Sälen ein Kommerz veranstaltet. Im unsre Kameraden von auswärts unterzubringen, werden noch Privatquartiere benötigt. Die Republikaner werden um Unterstützung gebeten. Rufen zur Einzeichnung liegen im Gewerkschaftshaus, Kraus's Restaurant, in der „Guten Quelle“ und in beiden Konsumlagern aus. Die republikanische Beschilderung wird gebeten, zu dieser republikanischen Veranstaltung die Häuser festlich zu schmücken. Girlanden, Kränze und schwarzrote Fahnen stellt die Ortsgruppe zum Selbstkostenpreis zur Verfügung. Bestellungen nimmt Kamerad Stolberg, Breiter Weg 7, entgegen. Kameraden, werbt und rüstet zum 24. Mai!

Uchersleben. Zur Fahnenweihe unserer Kasernen am 10. Mai bitten wir alle Kameraden der Ortsgruppen in der Umgegend um Beteiligung.

Salzwedel. Die außerordentliche Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Es konnten 20 Neuaufnahmen gemacht werden. Ueber die Präsidentenwahl sprach Kamerad Diekmann und betonte ausdrücklich, daß für uns kein Grund vorliege, den Kopf hängen zu lassen. Das Programm für die Fahnenweihe am nächsten Sonntag wurde bekanntgegeben. Der stellvertretende Vorsitzende sprach die Hoffnung aus, daß sich alle Kameraden am Sonnabend und Sonntag an den Veranstaltungen beteiligen und sich auch für die zu erledigenden Vorbereitungen zur Verfügung stellen. Von einem Kameraden wurde darauf hingewiesen, daß zu den republikanisch gesinnten Geschäftsleuten, die ihre Gefinnung bei der Wahl zum Ausdruck gebracht haben, oft Leute kommen und sagen: „Wir dürfen nicht mehr bei Ihnen kaufen, da Sie für Schwarz-Rot-Gold sind.“ Es wurde beschlossen, nach Möglichkeit nur bei Reichsbannerkameraden oder republikanisch gesinnten Geschäftsleuten zu kaufen. Kameraden, sorgt für die Ausschmückung der Stadt am kommenden Sonntag! Helft euren Nachbarn beim Anbringen der Girlanden, fordert die Geschäftsleute, bei denen ihr kauft, auf, auch zu schmücken; vertreibt die Festabzeichen und stellt euch vom Donnerstag an dem Ausschmückungsausschuß zur Verfügung!

Stendal. In der Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß sich unsere Kameraden bei Wahlen mehr betätigen müssen. Vor allem müssen sich Radfahrer zur Verfügung stellen und die Flugblätter in den Dörfern verbreiten. Unsere Reichsbanner-Abgeordneten und -Mitglieder müssen in aller Öffentlichkeit gezeigt und getragen werden. Die Kreisfahnenweihe in der Ulmars muß von der Stendaler Kameradschaft stark besucht werden. Am 10. Mai müssen alle Kameraden aufgeboten werden, um nach Salzwedel zur republikanischen Kundgebung zu fahren. Kameraden, denkt beim Einkauf von Lebensmitteln, Tabakwaren usw. die Geschäftsleute, die mit uns sympathisieren. Sie haben ja bei der Gindenburgfeier am Mittwoch gezeigt, mer gegen die Verfassung und Schwarzrotgold steht. Mit dem Abingen unserer Bundesliebes wurde die Versammlung geschlossen.

Bereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbestellung, die Seite 30 Goldfennige, aufgenommen. Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Magdeburg. Am Sonnabend den 9. Mai, abends 8 Uhr, Versammlung bei Eicherfeld, Knochenhauerufer. Erscheinen aller ist Pflicht. [24] Fische Magdeburg. Donnerstags den 7. Mai, abends 8 Uhr, Sportplatz-Sitzung im Geschäftszimmer Lieberstraße 88. [25] Gr.-Uchersleben. Turn- u. Spielplatz-Gewerkschaft Bennebeck. Donnerstags den 12. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Körting. [24]

Briefkasten.

R., Burg. Vereinskalender in Nr. 97 und 101 90 Pfg., gut geschrieben 10 Pfg.

Warenmärkte.

Berliner Produkten-Börse vom 4. Mai. An der Mittagssbörse wurden notiert ab Station (Preis in Goldmark 100 = 1 Dollar Goldmark): Weizen, märkischer 51-256, mecklenb. —, böm. märkischer 219-222, dommerischer —, mecklenb. —, Braugetreide 225-242, Futtergerste 198-212, Safer, märkischer 205-214, Weizenmehl 32,00-31,75, feinstes Marken über Notiz, Roggenmehl 29,60-30,50, Weizenkleie 15,20-15,30, Roggenkleie 16,00-16,20, Raps 385, Leinfaat 385, Wirtorin 22-27, Kleine Speiseerbsen 20-22, Futtererbsen 19-20, Weizen 19-21, Ackerbohnen 19-20, Wicken 19-21, Lupinen, blaue, 10,00-11,75, gelbe 12,00-14,50, Erbsen, blaue, 14,00-16, Rapsluchen 15 80, Leinfaaten 22,60, Trockeneiseln, prompt 10,60, Zuckererbseln —, Cornmehl 30-70, Weizen, 9,50, Kartoffeln 19,30-19,70. (Getreide und Mehlfaaten pro 1000 Kilogramm, das übrige pro 100-Pfg.)

Der Preis für Weizen.

(ausficht. Verbrauchssteuer und Sach) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verladestelle Magdeburg und Umgegend bei Mengen von mindestens 30 Zentnern bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen: 194 Pfg. für gemahlene Mehl; Sendung rubig. —

Wasserstände.

Table with columns for location, water level change, and current level. Includes locations like Parduß, Brandeis, Meinit, etc.

Wetterbericht.

Das Hochdruckgebiet, das am Sonntag über Mitteldeutschland hinweg zog, verlagert sich weiter nach Norden, da es allmählich von dem im Westen aufsteigenden Tief angezogen wird. Es verliert daher mehr und mehr an Einfluß auf unser Wetter, das unter der Einwirkung des sich nähernden westlichen Tiefs stetig zu einzelnen Regenschauern zu gehen wird. Bei der rasch erfolgten Erwärmung können diese Regenschauer den Charakter von Gewittern annehmen. Das Wetter bleibt mild, ohne daß die Erwärmung noch wesentliche Fortschritte macht. Ausrichtungen für Mittwoch: Warm, Neigung zu Gewitterregen. — Bei Gicht und Rheumatismus trinken Sie zur Auscheidung der Harnsäure den bewährten Selterser Tee. Markt 1.25 2.00. Hof-Apothek, Breiter Weg 168.

Advertisement for Dr. med. Henschel & Co. Hausmittelkuren. Text: 'Verlangen Sie in Apotheken und Drogerien die kostenlose Broschüre über die vierwöchigen Wadereise durch Dr. med. Henschel & Co. Hausmittelkuren'. Includes an illustration of a horse-drawn carriage.

3 Misseline-Kleider



Siegfried Cohn

Britenweg 58/60

Das große weiße Schweigen

(Kapitän Scotts Todesfahrt zum Südpol)

Die Presse schreibt:
8-Uhr-Abendblatt: ... Das grandiosste Filmwerk aller Zeiten ist uns erschienen. Ein Werk, einzig in der Welt, einzig bisher und in kommenden Tagen.

Schulen und Vereine wollen sich bitte zwecks Sondervorstellungen mit uns direkt verständigen.

Ab Freitag:

Walhalla-Lichtspiele

Telephon 8112

Telephon 8112

Kristall-Palast.

Von Mittwoch den 6. Mai bis Sonntag den 17. Mai (außer Sonnabend, 9. Mai und Sonntag, 11. Mai und Sonnabend, 16. Mai) Anfang 7 Uhr - Anfang 8 Uhr

Großes Gastspiel des Illusions- und Witzzaubertheaters Vaudeville mit Gesellschaft. Es gelangen täglich ca. 40 Nummern zur Vorführung.

Geniational! Geniational!

Das Zersägen einer lebenden Dame!

Jeden Mittwoch und Sonnabend große Schieler- u. Familienbesetzung zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Eintritt 2 Uhr - 1811 Anfang 8 Uhr
Abendpreise: 2. Platz 50 Pf., 1. Platz 1.00 Mk., Parterre 1.50 Mk., referierte Platz 2. 0 Mk.
Nachmittagspreise: 2. Platz 25 Pf., 1. Platz 50 Pf., Parterre 75 Pf., referiert Platz 1.00 Mk.
Kartenvorverkauf täglich im Vertikaler-Verein, Breiter Weg 166.

Reichsbund deutscher Mieter E.V.

besitzt Nord- und Nordfront.
Freitag den 8. Mai, abends 8 Uhr, im „Wohlfahrt“

Mitglieder-Versammlung.

- Tagesordnung:
- Berichterstattung des Vorsitzenden über den Bundesrat in Hamburg vom 1. bis 4. Mai.
 - Folgen der Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.
Referent: Herr Dürrlein
 - Verschiedenes.
- Gäste durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt Der Vorstand.

Stadttheater

Mittwoch den 6. Mai
Anfang 7 1/2 Uhr

12. Sinfonie-Konzert

Abt. C v.
Donnerstag, 7. Mai
Anf. 7 Uhr, Erden 10 Uhr
5 Ueber
Schieler, Kapellmeister
Juarez u. Maximilian

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellungen
Donnerstag, 7. Mai
8 Uhr

Die Fledermaus

Kleiner Preis 1 -
Sonntag, 10. Mai, 8 Uhr
Der gr. Schwankschläger!

Der wahre Jakob

Mittwoch, 6. Mai
Vorft. f. d. Volksh., 8 Uhr
Kater Lampe,
Komödie u. E. Klotz.

Hoppes Privat-Mittagstisch

Schrottdorfer Straße 16.
Billig, gut, kräftig!

Sprechmaschin-Reparaturen

Apparate
von 30,00 Mark an
Zeitabgabe gestattet.

Wüller, Apfelstraße 6.

10. Lebensjahr. 6444

Waller

sofort nach Gebrauch von 1201

Ehrlich-Tinktur

Preis Mk. 2,50

Allein geht zu haben bei:

L. von Apotheken, Alter Markt 22; Hohenzollern-Apothek, Halberstädter Str. 122; Johanns-Apothek, am Rathaus; Viktor-Apothek, Otto-von-Guericke-Str. 94b; Drogerie P. Lieschke, O.-v.-Guericke-Str. 96.

Blauer Promenadenwagen

fast neu, 30 RM. zu verkaufen. 9. Mai, Preis 2500.-
Hohmann, Kaufstraße 1

Lebensmittelgeschäft

m. Wohn., Preis 2500.-
Hohmann, Kaufstraße 1

Praxis wieder aufgenommen!

Prakt. Arzt K. Wehrmaker
Röntgen- u. elektrotherapeutisches Institut
Große-Diesdorfer Straße 29, I.
Zugleich geben wir folgende Sprechstunden-änderungen bekannt:

Herr K. Wehrmaker
Montag, Dienstag Mittwoch, Donnerstag und
Sonntag 8-10 vorm., Freitag 8-10 vorm.
Herr Dr. Lambrecht
Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und
Sonntag 8-10 vorm., Freitag 8-10 vorm.
K. Wehrmaker und Dr. Lambrecht
gfd. Aertze.

Läuse

Besteller erhält 100 Mark, wenn Kommando
auf dem 1. Stock u. der 2. Stock, Kleider-
Kasten (Büro) verlegt. Keine
Bausache mehr. Ein Amt.
Kommando-Brosch. Brosch.
Kaufmann, Harnischstr. 25 u.
A. Harnisch, Brüder Weg 23, Frl. Roggner Str. 34.

Konzertdirektion Enger

Dienstag, 12. Mai, abends 8 Uhr, Stadtmissionssaal
Lieder-Abend

Hermann Schey (Berlin)

An Flügel: Kapellmeister Michael Taube (Berlin).
Stimm- u. Bass-Flügel von der Firma Hermann Tuch,
162, Alte Ulrichstraße.

Karten zu 3, 2, 1 Mk. Vorverkauf Musikalienhandlung
Gutzw. Krawinkel, Alte Ulrichstraße, und Abendkasse.

Herrenkrug

Dienstag, 12. Mai
Erstes großes
Gartenkonzert

ausgeführt von Philharmonischen Orchester (50 Musiker)
unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Karl Rehr.

Kaufung 25. 25. Kaufung 25. 25.

Jedes Buch

besorgen wir in
- kurzer Zeit -
Buch. Volksstimme



Besucht
die Ausstellung
ZUCKER
Magdeburg
23. Mai bis 7. Juni 1925

Tivoli

Einig. Kirchstr. 1,
Tarnschanzent.

Ball- und Gesellschaftsbau

Magdeburg-Friedrichstadt
Magdeburg-Friedrichstadt
Inhaber: Wilhelm Kerben.

Jeden Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Großer Gesellschaftsbau

sonst jeden Mittwoch abend 8 Uhr:
TANZ-KRANZCHEN.

Kleiner Preise. 1270

W. Hoffmanns Langhunde

neuer Samen, Anfang Freitag den 8. Mai
in Saale-Diercke. Sammlungen schenke
jedenzeit. Geschäftsstelle 12, 2 Treppen.

Dr. Müller-Milchpulver

Der Nährwert in den Klagen 8a und 8 b
(Schwermilchpulver und Schmelz-Weinmilchpulver) wird
bis zum 17. d. M. einges. wegen der Natur-
erkmale geprüf.

Konsum- und Produktivgenossenschaft für Tangermünde und Umgegend

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Einladung

zur ordentlichen Generalversammlung am
Freitag den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im
Saale „Rosa in Laube“, Mag. Eggert,
Schiffbrücke.

Tagesordnung:

- Geschäftsbericht 1924/25.
 - Genehmigung der Bilanz und Entlastung
des Vorstandes
 - Bericht über Verbandstreue.
 - Beschluss über Wiedereröffnung der Sterbe-
unterstützung.
 - Verschiedenes
- Sanz besonders freundlich sind die Frauen
der Mitglieder eingeladen.
Dem Zutritt ist das b. l. a. u. e Mitglieder-
buch vorzusetzen. 246
Bücher- und -Bilanzen liegen eine Woche vor
der Generalversammlung im Kontor der Ge-
nossenschaft aus: Der Aufsichtsrat,
Fr. Ernst, Vorsitzender.

!! Gelegenheitskauf !!

Aus einer Partie verlaufen wir

3000 blaue Schloffer-Jacken

pro Stück 1.95 Mk.

Reiz Arbeiter und Handwerker darf diese
günstige Kaufgelegenheit veräumen.

„CORUO“

Neuer Weg 19, am Alten Markt.

Dankbare Anerkennung

und nur bei wahren Heilerfolgen bezahlt.

Da ich seit 13 Jahren an offenem Bein-
leiden litt, welches mir wiederholt als unbeil-
bar erklärt wurde, so alle Hilfe und Mittel
erfolglos waren, wurde ich auf den Heilun-
gen E. Golle, Magdeburg, aufmerksam gemacht,
welcher mich in bewundernswürdiger Weise durch seine
Behandlung in 14 Wochen gänzlich geheilt hat.
gn. Hermann Telle, Stenbal, Altingstr. 15.

Reichsbanner!!

braucht bei Kleidung u. gute Stoffe,
geh zu deinem Kameraden

Wallach

Eddischehoffstraße Nr. 20.

Achtung!

Unzüge u. Mäntel
aus gutem Stoff,
prima Verar-
beitung 55 - 22.00
45 - 37 - 22.00

Wandbretter

Unzüge 42 - 25.00
35 - 20.50 25.00

Monteur

Unzüge 10 - 5.50
8 - 5.50

Rinder-Unzüge

15 - 9 - 6.90

Regenmäntel

20 - 24 - 15.90

Windjacken

14 - 11.50 9.75

Breemes- und Lange Sofen

12 - 8 - 6 - 3.50

Prima Stoffe zu billigsten Preisen

nur in

Wallachs

Bekleidung

Eddischehoffstraße
Nr. 20.

Reichsbanner- Kameraden

erhalten 10 Prozent Rabatt.
Luftballon-Zugabe.

Zahlungserleichterung.